

N i e d e r s c h r i f t

**der 26. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
25.10.2006**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal
Markplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 14:00 Uhr bis 19:50 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler		
Herr Harald Bartl	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Milad El-Khalil	CDU	
Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Thomas Godenrath	CDU	
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herrn Gernot Töpfer	CDU	anwesend ab 14:25 Uhr
Frau Isa Weiß	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	Die Linkspartei. PDS	
Frau Ute Haupt	Die Linkspartei. PDS	
Herr Uwe Heft	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	Die Linkspartei. PDS	
Herr Hendrik Lange	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Bodo Meerheim	Die Linkspartei. PDS	
Frau Elisabeth Nagel	Die Linkspartei. PDS	
Herr Erhard Preuk	Die Linkspartei. PDS	
Herr Hans-Jürgen Schiller	Die Linkspartei. PDS	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	Die Linkspartei. PDS	anwesend bis 17:45 Uhr
Herr Rudenz Schramm	Die Linkspartei. PDS	anwesend bis 18.50 Uhr
Frau Heidrun Tannenberg	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Mohamed Yousif	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD	anwesend von 14:20 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	anwesend ab 14:15 Uhr
Herr Michael Zeidler	SPD	
Herr Andreas Hajek	FDP	
Herr Heinz Maluch	GRAUE	anwesend bis 16:40 Uhr
Herr Dr. Fuchs	FDP	
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Frau Dr. Gesine Haerting	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	anwesend bis TOP 5.1
Herr Joachim Knauerhase	WIR. FÜR HALLE.	anwesend ab 14:15 Uhr

Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR HALLE.	anwesend ab 14:10 Uhr
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Tom Wolter	MitBürger	
Frau Andrea Machleid	NPD	
Herr Eberhard Doege	BG	
Herr Egbert Geier	BG	
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG	
Herr Dr. Thomas Pohlack	BG	
Frau Dagmar Szabados	Bgm	

Entschuldigt fehlen:

Herr Martin Bauersfeld	CDU
Herr Oliver Christoph Klaus	CDU
Frau Dr. Petra Sitte	Die Linkspartei. PDS
Herr Gottfried Koehn	SPD
Herr Prof. Ludwig Ehrler	MitBürger
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.
Frau Regine Dr. Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn **Harald B a r t l**.

Frau Schumann aus dem Liebellenweg fragte, weshalb ihr Wohngebiet nicht durch eine Schallschutzwand vor dem Lärm der Osttangente im Hochweg geschützt wird, da dort nur Wohnhäuser stehen und warum das Gebiet als Mischgebiet eingestuft wurde.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass hier von der Ausgangslage, dass es immer ein Mischgebiet war und bleibt, ausgegangen werden muss. Hier findet noch Gewerbe statt. Wenn dieses Gebiet zum reinen Wohngebiet erklärt werden würde, wird denen die Möglichkeit entzogen, die das Recht haben, dort Gewerbe zu betreiben und die Stadt muss das finanziell ausgleichen. Das, was gesetzlich vorgeschrieben ist, wird die Stadt tun. Alles was darüber hinaus von der Stadt getan wird, ist ein freiwilliger Akt. Der Hauptausschuss hat sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, dass die Variante, die eine Lärmschutzvorrichtung vorsieht, die nicht so teuer ist, wie das gesetzlich vorgeschriebene, ausgearbeitet und geprüft wird. Sie betonte die schwierige Finanzsituation der Stadt, welche sich zunächst auf Maßnahmen beschränken muss, wozu sie per Gesetz verpflichtet ist. Wenn der Stadtrat heute zu dieser Entscheidung kommt, wird sicher etwas getan, um die Belästigung für das Wohngebiet abzumildern. Am Ende könne das nicht die Regel in der Stadt sein, weil es finanziell nicht leistbar ist.

Herr Gobsch stellte folgende Fragen:

1. Im Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler des Jahres 2006 macht die Stadt Halle negative Schlagzeilen. Wie bewertet Frau Oberbürgermeisterin Häußler persönlich die Eintragungen im Schwarzbuch und wie will die Stadt Halle (Saale) zukünftig solche Eintragungen vermeiden? Er wies als Beispiel auf das missglückte Projekt „Phänomene“ hin.
2. Das halle.forum, ist über halle.de verlinkt. Er führte Beschwerde, da dort u. a. auch seine Person diskriminiert wurde. Er fragte, ob die Stadt Halle den Link halle.forum.de entfernen wird.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass das halle.forum eine Einrichtung der Bürger ist, die nicht durch die Stadt Halle betrieben wird. Die Betreiber müssen die dort gemachten Eintragungen verantworten. Sie könne diese auch nicht unterbinden, da sich jeder äußern kann, da Meinungsfreiheit besteht. Sie werde über den Link, auf dem im halle.de hingewiesen wird, nachdenken.

Zu dem Thema „Phänomene“ sagte sie, dass sie eine andere Auffassung habe, als Herr Gobsch und diejenigen, die den Eintrag in das Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler gemacht haben. Sie denkt, dass sie richtig gehandelt und eine Chance für die Stadt gesehen hat.

Herr Trawiel machte Ausführungen zu seiner Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Oberbürgermeisterin. Von ihm wurde eine Gegendarstellung allen Stadträt/innen vorgelegt.

Herr Karl sprach das Protonen-Therapie-Zentrum zur Krebsbehandlung an, welches in naher Zukunft in Halle entstehen solle. Hierfür würde es auch eine Finanzierung geben. Er fragte Frau Bürgermeisterin Szabados, warum sie den Bau eines solchen Zentrums ablehnt.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass er falsch informiert sei. Es werde über ein Konzept gesprochen. Die Stadtverwaltung verfolgt dieses Vorhaben. Ihr ist aber nicht bekannt, dass eine Finanzierung vorliegt. Wenn sich für Halle eine Chance ableiten sollte, werde dies verantwortlich geprüft.

Herr Karl sprach weiterhin die Verschmutzung der Saale mit Fäkalien im Bereich Wörlitz/Rabeninsel an. Er fragte, wann werden Voraussetzungen geschaffen, damit keine Fäkalien mehr in die Saale laufen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass sie sich hierüber informieren wird. Verantwortlich ist aber hierfür die HWA GmbH. Sie werde sich mit der HWA in Verbindung setzen, um evtl. Abhilfe zu schaffen.

Frau Bürgermeisterin Szabados ergänzte die Ausführungen von Frau Häußler zum Konzept Protonentherapieanlage. Sie informierte darüber, dass entsprechende Stellungnahmen des zuständigen Landesministeriums und der Krankenkassen vorliegen. Sie stellte klar, dass die Stadt ihrer Verantwortung nachgekommen ist.

Frau Döring fragte, warum in der Heideallee so viele Bäume gefällt werden. Was macht die Stadt, um das Naturdenkmal zu erhalten? Sind präventive und weitergehende Schutzmaßnahmen für dieses Naturdenkmal geplant? Sie äußerte die Befürchtung, dass hier die Verkehrswege verbreitert werden sollen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler stellte fest, dass sich die Stadt Halle sehr sorgfältig mit ihrem Baumbestand auseinandersetzt und es gibt eine zuständige Baumschutzkommission, wo alle Verbände vertreten sind. Hier wird im Detail Information über den Zustand und über die vorgesehenen Maßnahmen gegeben. Sie informierte über den Zeitraum der Entscheidungsfindung, wo man am Ende nach wissenschaftlichen Untersuchungen zu dieser Entscheidung gekommen ist.

Ein Konzept zur Wiederherstellung des Flächendenkmals wird zurzeit mit Wissenschaftlern erörtert. Sobald dieses vorliegt, wird es der Öffentlichkeit vorgestellt.

Frau Döring warf ein, dass auch Bäume gefällt wurden, die nicht vom Pilz befallen waren.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, zeigte exemplarisch eine Baumscheibe. Er widersprach Frau Döring zur Einschätzung des Gesamtschadenbildes. Es wurden sämtliche Bäume im Einzelverfahren mit einem Restitografen untersucht. Hier kann anhand eines Diagramms der physikalische Widerstand genau gemessen werden. Jeder gefällte Baum war vom Pilz befallen. Da die Vegetationsphase im Mai beginnt, mussten im Herbst die Fällarbeiten stattfinden. Zukünftig besteht hinsichtlich des Konzeptes nur dahingehend Klarheit, dass die Heideallee wieder in eine Allee zurückversetzt wird. Ob es möglich ist, dort wieder Platanen anzupflanzen, muss erst durch ein forstbotanisches Gutachten festgestellt werden. Pilze verteilen Sporen. Diese Sporen überleben sehr lange im Boden und es besteht dann die Gefahr, dass diese auf die gleiche Sorte Bäume, die gepflanzt werden, übergreifen.

Herr Julich bezog sich auf eine Übergabe von Unterlagen zu dem „Eine-Welt-Haus“ an dieser Stelle vor einem Jahr. Sie stellen den Zusammenhang zwischen den damals schon festgestellten Rückforderungen gegenüber einem Träger der Stadt Halle dar und es wurden die Ursachen und Zusammenhänge gekennzeichnet. Damit wollte er erreichen, dass die Stadt in die Lage versetzt wird, sehr kompetent und schnell die Rückforderungen umzusetzen. Bis zum heutigen Tag ist die Umsetzung noch nicht erfolgt und die Stadt erklärte, sie könne es nicht, obwohl die Vereinsverantwortlichen erklärten, es liege Geld

bereit. Dies könne er sich nicht erklären und er fragte, ob es möglich ist, jetzt schon etwas dazu zu erfahren.

Weiter fügte er an, dass im Zusammenhang mit der Feststellung der Rückzahlungen aus dem Fachbereich Soziales der Bewilligungsbehörde schriftlich Falschankünfte gegenüber dem Arbeitsamt erteilt worden sind, die zu Lasten der Stadt Halle gehen. Er hoffte, diese Angelegenheit werde ausgewertet, weil Mitarbeiter der Bewilligungsbehörde auf diese Art und Weise nach außen reagieren. Dies ist Betrug.

Frau Bürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass auf eine Anfrage im nichtöffentlichen Teil geantwortet werde.

Sie verwarfte sich dagegen, dass in dieser Art und Weise öffentlich MitarbeiterInnen der Verwaltung angegriffen werden und der Eindruck erweckt wird, dass das, was hier gesagt wurde, fundiert sei. Die Darstellung von Herrn Julich ist durch nichts begründet. Sie wertet dies als Verleumdung.

Herr Julich übergab **Herrn Bartl** eine Dienstaufsichtsbeschwerde.

Herr Riemer fragte, ob nicht in Form einer Bürgerinitiative das Vorhaben „Baugrube Spitze – geisteswissenschaftliches Zentrum“ realisiert werden kann. Da seitens der Landesregierung eine Entscheidung bevorsteht, soll durch diese Bürgerinitiative eine einstweilige Verfügung beim Amtsgericht Halle zur Terminverschiebung angestrebt werden. Er würde auch die Unterstützung durch einen Beschluss der Stadträtinnen und Stadträte begrüßen. Er fragte, ob dies sinnvoll ist.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass eine Bürgerinitiative nicht im Stadtrat beschlossen wird. Der Gründung einer Bürgerinitiative durch Bürger stehe jedoch nichts im Wege, um deren Willen zum Ausdruck zu bringen. Der Stadtrat hat sich deutlich dazu erklärt und einen Beschluss gefasst. Dies wurde dem Land mitgeteilt.

Herr Riemer führte die widersprüchlichen Vergleiche der Kosten an.

Herr Trawiel bezog sich nochmals auf seine Ausführungen zu seiner Dienstaufsichtsbeschwerde. Er wies darauf hin, dass er alles im Forum der politisch Verfolgten darlegen will, weil heute daran gehindert wurde, sein Anliegen vorzutragen.

Herr Bartl schloss die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 26. öffentliche Tagung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald B a r t l**.

Herr Bartl informierte den Stadtrat darüber, dass **Herr Dr. Wöllenweber neuer Vorsitzender der Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90** ist und gratulierte ihm dann.

Herr Dr. Wöllenweber sprach seinen Dank aus und stellte sich kurz vor.

Herr Bartl stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 48 Mitglieder des Stadtrates (84,21 %) anwesend.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat von der Tagesordnung folgende Punkte **abzusetzen**, weil diese im Hauptausschuss als erledigt erklärt wurden.

*TOP 5.6.1 Änderungsantrag zur Beschlussvorlage „Erneuerung der Gebührensatzung des Konservatoriums Georg-Friedrich-Händel“ (Vorlage: IV/2006/05776)
Vorlage: IV/2006/06043*

*TOP 5.6.2 Änderungsantrag zur Beschlussvorlage „Erneuerung der Gebührensatzung des Konservatoriums Georg-Friedrich-Händel“ (Vorlage: IV/2006/05776)
Vorlage: IV/2006/06049*

Hierzu liegt ein modifizierte Vorlage liegt vor.

*TOP 6.1 Antrag der Stadträte Wolff/Schuh – Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE
– zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost
Vorlage: IV/2006/05541*

Hierzu liegt ein modifizierter Änderungsantrag zum Antrag vor.

Auf die Tagesordnung **zu setzen** ist eine:

Dringlichkeitsvorlage
Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/05731

Frau Oberbürgermeisterin Häußler bat um Aufnahme des TOP. Die Vorlage wurde im letzten Stadtrat zurückgezogen, weil im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften nochmals darüber diskutiert werden sollte. Dies ist inzwischen geschehen. Die Tagesordnung wurde bereits vor dem Ausschuss fertig gestellt. Sie bat, das Versehen zu entschuldigen.

Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, wies auf die kritischen Hinweise des Landesrechnungshofes zur BMA hin. Aus diesem Grunde bat er, diese Vorlage nicht zu behandeln, sondern an eine Überarbeitung zu gehen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass ein wesentlicher Kritikpunkt des Landesrechnungshofes ist, dass keine Beteiligungsrichtlinie vorliegt. Sie bat nochmals, den Tagesordnungspunkt zu behandeln. Die BMA könne nur arbeiten, wenn sie ihre Handlungsgrundlagen dafür beschlossen bekommt.

Herr Misch, Fraktion der CDU, bat, künftig darauf zu achten, dass auch so in anderen Fällen zu handhaben, ungeachtet des Umstandes, ob die Vorlage schon im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beraten war oder nicht.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, stellte klar, dass auf Bitten seiner Fraktion die Vorlage im September von der Tagesordnung genommen wurde. Er hält es für dringend geboten, die Beteiligungsrichtlinie in Gang zu setzen. Aus diesem Grund bat er um Zustimmung zur Aufnahme der Dringlichkeitsvorlage auf die Tagesordnung.

Herr Bartl bat um Auszählung. Zurzeit seien 50 Stadträtinnen und Stadträte anwesend. Benötigt werden 38 Stimmen.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme der DV
auf die Tagesordnung:**

mehrheitlich z u g e s t i m m t
mit 42 Ja-Stimmen

Er schlug vor, die **Dringlichkeitsvorlage unter dem TOP 5.10** zu behandeln.

Zum **TOP 5.4.** liegt ein **Änderungsantrag** vor:

**TOP 5.4.1 Änderungsantrag des Ausschusses für Finanzen, städtische
Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zur Haushaltssatzung und
Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2006, sowie Beteiligungsbericht
über das Jahr 2004 (Vorlage: IV/2005/05503)
Vorlage: IV/2006/06091**

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM +UNABHÄNGIGE, erläuterte, dass sie geschäftsordnungsmäßig nicht sehe, warum der TOP 6.1 abgesetzt werden soll, da TOP 6.1.1 nur eine Ergänzung zu dem Antrag ist. Sie bestand auf Verbleib auf der Tagesordnung.

Herr Bartl antwortete, dass mit ihrer Zustimmung im Hauptausschuss aufgenommen wurde, die dritte Variante 6.1.1 zu präferieren, welche die Modifikation ist und welcher auch zugestimmt wurde. Dadurch ist der TOP 6.1 erledigt.

Frau Wolff entgegnete, dass der TOP 6.1.1.1 jetzt drei Punkte enthält und ihre Fraktion ausdrücklich nur den Änderungsantrag mit zwei Punkten befürwortete. Der dritte Punkt ist eine Ergänzung von der Stadtverwaltung.

Herr Bartl sagte, dass dann der Änderungsantrag in modifizierter Form behandelt wird und der TOP 6.1 ebenfalls auf der Tagesordnung bleibt.

Herr Bönisch bat im Namen seiner Fraktion darum, den TOP 5.5 von der Tagesordnung zu nehmen, da durch den Bericht des Landesrechnungshofes in der CDU-Fraktion und auch in anderen Fraktionen, u. a. auch in Bezug auf die 35 TEuro, Diskussionsbedarf besteht. Er sehe keinen dringlichen Grund, die Vorlage heute zu behandeln.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Herunternahme des TOP 5.5 von der Tagesordnung.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler gab bekannt, ohne das Abstimmungsergebnis abzuwarten, dass sie als Verwaltung den Tagesordnungspunkt zurückstellt, da noch Klärungsbedarf besteht.

Somit wird der

*TOP 5.5 Jahresrechnung 2005 und Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin
Vorlage: IV/2006/005884*

zurückgestellt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmungsergebnis zur
modifizierten Tagesordnung:**

einstimmig z u g e s t i m m t

Einwohnerfragestunde

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Feststellung der Tagesordnung**
3. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.09.2006**
4. **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 20.09.2006 gefassten Beschlüsse**
5. **Vorlagen**
 - 5.1. **Niederlegung eines Mandates und Nachrücken des nächstfestgestellten Bewerbers
Vorlage: IV/2006/06045**
 - 5.2. **Niederlegung eines Mandates und Nachrücken des nächstfestgestellten Bewerbers
Vorlage: IV/2006/06070**
 - 5.3. **Entscheidung über die Zulassung der Bewerbungen für das Amt der
Oberbürgermeisterin bzw. des Oberbürgermeisters
Vorlage: IV/2006/06027**
 - 5.4. **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2006, sowie
Beteiligungsbericht über das Jahr 2004
Vorlage: IV/2005/05503**
 - 5.4.1 **Änderungsantrag des Ausschusses für Finanzen, städtische
Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zur Haushaltssatzung und
Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2006, sowie Beteiligungsbericht über das
Jahr 2004 (Vorlage: IV/2005/05503)
Vorlage: IV/2006/06091**
 - 5.5. *Jahresrechnung 2004 und Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin
Vorlage: IV/2006/05884* **zurückgestellt**
 - 5.6. **Erneuerung der Gebührensatzung des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel"
Vorlage: IV/2006/05776**
 - 5.6.1 *Änderungsantrag zur Beschlussvorlage "Erneuerung der Gebührensatzung des
Konservatoriums Georg-Friedrich-Händel" (Vorlage-Nr. IV/2006/05776)
Vorlage: IV/2006/06043* **erledigt**
 - 5.6.2 *Änderungsantrag zur Beschlussvorlage "Erneuerung der Gebührensatzung des
Konservatoriums Georg Friedrich Händel" (Vorlage-Nr. IV/2006/05776)
Vorlage: IV/2006/06049* **erledigt**

- 5.7. **Namensgebung einer schulischen Einrichtung**
Vorlage: IV/2006/05866
- 5.8. **Jahresabschluss für das Psychiatrische Krankenhaus Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2005**
Vorlage: IV/2006/05983
- 5.9. **Wirtschaftsplan 2007 des Psychiatrischen Krankenhauses Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2006/05982
- 5.10. **Beteiligungsrichtlinien der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2006/05731
- 6. **Wiedervorlage**
- 6.1. **Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost**
Vorlage: IV/2006/05541
- 6.1.1 **Änderungsantrag zum Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost (Vorlage-Nr.: IV/2006/05541)**
Vorlage: IV/2006/06044
- 6.1.1.1 **Änderungsantrag zum Änderungsantrag zum Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost [Vorlage-Nr.: IV/2006/05541]; (Vorlage-Nr.: IV/2006/06044)**
Vorlage: IV/2006/06089
- 7. **Anträge von Fraktionen und Stadträten**
- 7.1. **Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Umbesetzung eines Vertreters in der Regionalen Planungsgemeinschaft**
Vorlage: IV/2006/06051
- 7.2. **Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS - Umsetzung eines Vertreters in der Regionalen Planungsgemeinschaft**
Vorlage: IV/2006/06068
- 7.3. **Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS - Wahl eines Vertreters in den Verwaltungsrat der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle**
Vorlage: IV/2006/06067
- 7.4. **Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + Graue + WG Volkssolidarität - zur Umbesetzung eines Mitglieds der Fraktionsgemeinschaft im Hauptausschuss**
Vorlage: IV/2006/06061
- 7.5. **Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + Graue + WG Volkssolidarität - zur Umbesetzung eines Mitglieds im Ausschuss für Planungsangelegenheiten**
Vorlage: IV/2006/06063
- 7.6. **Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS - zu Umweltqualitätszielen der Stadt Halle (Saale)**

Vorlage: IV/2006/06054

- 7.7. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Veränderung des Liniennetzes der HAVAG - Buslinie 24
Vorlage: IV/2006/06066**
- 8. Anfragen von Stadträten**
- 8.1. Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Videoüberwachung öffentlicher Plätze
Vorlage: IV/2006/06008**
- 8.2. Anfrage der Stadträtin Elke Schwabe - WIR. FÜR HALLE. - zum Stand der Umsetzung des Bildungsprogrammes "Bildung Elementar" in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/05996**
- 8.3. Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zu Park+Ride bzw. Bike+Ride-Anlagen in Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/05998**
- 8.4. Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zu Rechtsextremismus in Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/06000**
- 8.5. Anfrage der Stadträtin Dr. Gesine Haerting - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zum Stand der Erarbeitung angekündigter Erhaltungssatzungen
Vorlage: IV/2006/06055**
- 8.6. Anfrage der Stadträtin Andrea Machleid - NPD - zu Asylbewerbern
Vorlage: IV/2006/06041**
- 8.7. Anfrage der Stadträtin Andrea Machleid - NPD - zu nicht erstattungsfähigen Kosten bei geduldeten Ausländern
Vorlage: IV/2006/06042**
- 8.8. Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif - Die Linkspartei. PDS-Fraktion - über die jetzige Situation der Ausländerbehörde Halle und die Betreuung von Migranten in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/06052**
- 8.9. Anfrage des Stadtrates Uwe Heft - Die Linkspartei. PDS-Fraktion - zur Stadtteilentwicklung
Vorlage: IV/2006/06064**
- 8.10. Anfrage der Stadträtin Ute Haupt - Die Linkspartei. PDS-Fraktion - zu Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II
Vorlage: IV/2006/06065**
- 9. mündliche Anfragen von Stadträten**
- 10. Mitteilungen**
- 10.1. Information des Projektsteuerers IPM an den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) "35. Quartalsbericht Straßenbahnneubaumaßnahme Riebeckplatz/ Hauptbahnhof"
Vorlage: IV/2006/06048**

11. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.09.2006

Die Mitglieder des Stadtrates genehmigten die Niederschrift der 25. öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 20. 9. 2006 in der vorliegenden Fassung.

zu 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 20.09.2006 gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende des Stadtrates gab den Inhalt der in nichtöffentlicher Sitzung am 20. 9. 2006 gefassten Beschlüsse bekannt:

zu 3.1 Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Oberbürgermeisterin Vorlage: IV/2006/05830

Beschluss:

Die Dienstaufsichtsbeschwerde vom 28.03.2006 gegen die Oberbürgermeisterin wird zurückgewiesen.

zu 3.2 Verkauf "Städtisches Krankenhaus Martha-Maria Halle-Dölau gGmbH" Vorlage: IV/2006/05965

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat stimmt der Veräußerung der Gesellschaftsanteile an der Städtisches Krankenhaus Martha-Maria Halle-Dölau gGmbH an die Diakoniewerk Martha-Maria Krankenhaus gGmbH und der Betriebsgrundstücke an den Diakoniewerk Martha-Maria e. V. zu.**
 - 2. Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt die zur Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben.**
-

zu 3.3 Vergabebeschluss: FB 13 01/2006: Vergabe einer

**Dienstleistungskonzession
Vorlage: IV/2006/05936**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, der Firma Köhler KG, Firmensitz in Halle, den Zuschlag mit einer Summe von 299.545,17 Euro für die Konzession zur Finanzierung, zum Druck und zum Vertrieb des Amtsblattes für den Zeitraum ab Dezember 2006 bis Dezember 2009 zu erteilen.

**zu 3.4 Vergabebeschluss FB 31 03/2006: Entsorgung Fäkalwässer und -schlämme
Vorlage: IV/2006/05937**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, der Firma SB-RKS GmbH, Firmensitz in Halle (Saale) für den Zeitraum 02. 01. 2007 bis 31. 12. 2009, Option für 2010, den Zuschlag zu erteilen.

zu 5 Vorlagen

**zu 5.1 Niederlegung eines Mandates und Nachrücken des
nächstfestgestellten Bewerbers
Vorlage wird nachgereicht!
Vorlage: IV/2006/06045**

Herr Misch, Fraktion der CDU, erklärte, er widerspreche Tonaufnahmen durch anwesende Medien.

Der Vorsitzende des Stadtrates bat die anwesenden Medien, dies zu beachten.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, gab bekannt, dass Herr Friedemann Scholze sein Mandat zum 25.10.2006 niedergelegt hat. Der nächstfestgestellte Bewerber ist Herr Dr. Wilfried Fuchs. Herr Bartl teilte mit, dass Herr Dr. Fuchs bzw. der Wahlleiter Herr Doege ihm schriftlich mitgeteilt haben, dass Herr Dr. Fuchs sein Mandat annimmt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat stellt fest, dass Herr Friedemann Scholze, Schillerstraße 8, 06114 Halle (Saale), gemäß § 41 (1) GO LSA sein Mandat mit Wirkung vom 25.10.2006 niedergelegt hat.

Für ihn rückt Herr Dr. Wilfried Fuchs, Lise-Meitner-Straße 43, 06122 Halle (Saale), nach.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, gratulierte Herrn Dr. Fuchs zu seiner Wahl, **verpflichtete** ihn und bat ihn, bei seiner Fraktion Platz zu nehmen.

**zu 5.2 Niederlegung eines Mandates und Nachrücken des
nächstfestgestellten Bewerbers
Vorlage wird nachgereicht!
Vorlage: IV/2006/06070**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, teilte mit, dass Frau Dr. Haerting ihr Mandat zum 25.10.2006 niedergelegt hat. Die nächstfestgestellte Bewerberin ist Frau Dr. Regine Stark. Herr Bartl teilte mit, dass Frau Dr. Regine Stark bzw. der Wahlleiter Herr Doege ihm schriftlich mitgeteilt haben, dass Frau Dr. Regine Stark ihr Mandat annimmt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat stellt fest, dass Frau Dr. Gesine Haerting, Robert-Blum-Straße 8, 06114 Halle (Saale), gemäß § 41 (1) GO LSA ihr Mandat mit Wirkung vom 25.10.2006 niedergelegt hat.

Für sie rückt Frau Dr. Regine Stark, Reilstraße 53, 06114 Halle (Saale), nach.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass Frau Dr. Regine Stark zurzeit im Urlaub ist und erst zur nächsten Stadtratssitzung verpflichtet werden kann.

Herr Bartl und **Frau Oberbürgermeisterin Häußler** dankten Frau Dr. Haerting für ihr engagiertes Mittun im Stadtrat.

Frau Dr. Gesine Haerting verabschiedete sich bei allen Anwesenden. Sie bedankte sich für die gute Zusammenarbeit.

zu 5.3 Entscheidung über die Zulassung der Bewerbungen für das Amt der Oberbürgermeisterin bzw. des Oberbürgermeisters
Vorlage wird nachgereicht!
Vorlage: IV/2006/06027

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, sagte, dass, wenn die Regelungen der Gemeindeordnung LSA und des Kommunalwahlgesetzes erfüllt sind, der Stadtrat der Entscheidung über die Zulassung der Bewerbungen für das Amt der Oberbürgermeisterin bzw. des Oberbürgermeisters zustimmen muss.

Er informierte, dass mit Wirkung vom 23.10.2006 der Bewerber Herr Thomas Richardt, auf der Liste Ziffer 10, mitgeteilt hat, dass er seine Bewerbung zurückzieht. Lt. § 30 Abs. 1 des Kommunalwahlgesetzes verbleibt er auf dem Wahlzettel.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt, gemäß § 59 (2) der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt für die Wahl zum/r Oberbürgermeister/in die in der Anlage 1 aufgeführten Bewerber/innen zuzulassen.

**zu 5.4 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2006,
sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2004
Unterlagen bitte mitbringen!
Ergänzungen werden nachgereicht!
Vorlage: IV/2005/05503**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, teilte mit, dass zur Haushaltsdebatte entsprechend der Geschäftsordnung des Stadtrates unbegrenzte Redezeit gelten kann. Dem stimmten die Stadträtinnen und Stadträte zu.

Herr Bartl bat Frau Oberbürgermeisterin Häußler, die Fraktionen und die einzelnen Stadträte um ihre Redebeiträge zu der eingebrachten Beschlussvorlage.

Es gilt das gesprochene Wort.

1. **Frau Oberbürgermeisterin Häußler** (Auf Antrag wurde dieser Redebeitrag als wörtliches Protokoll verfasst)

Die **Fraktionen** hielten in folgender Reihenfolge ihre Reden zum Haushalt.

1. Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger
2. Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE
3. Herr Krause, Fraktion der SPD
4. Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS
5. Herr Dr. Wöllenweber, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90
6. Herr Bönisch, Fraktion der CDU

Die Redebeiträge liegen dem Protokoll als Anlage bei.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, bemerkte, dass die Stadt weder illiquide noch überschuldet ist. Die Stadt ist sehr wohl in der Lage, ihre Finanzprobleme selber zu lösen. Wenn die Stadt alle ihre Besitztümer verkaufen würde, könnten alle Schulden getilgt werden und das würde wahrscheinlich noch Geld bringen und 32 Mio. Euro würden weniger aus dem Verwaltungshaushalt an Zins und Tilgung gezahlt werden. Wären die Altschulden im Jahr 2001 getilgt worden, dann hätte die Stadt nur 50 Prozent des laufenden Defizits abzubauen. Heute sieht es besser aus, obwohl das Land in den letzten Jahren Zuschüsse in großen Beträgen gekürzt hat. Eine Konsolidierung muss also stattgefunden haben, was man bei dem Vergleich der Zahlen sehen kann. Die Außendarstellung der Stadt ist kontraproduktiv. Die Schulden müssen alle weg. Er widersprach den Aussagen einiger Fraktionen und wünschte sich für die Stadt, dass der Regierungspräsident einen Zwangsverwalter einsetzt.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler

(Auf Antrag wurde dieser Redebeitrag als wortwörtliches Protokoll verfasst)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Vorsitzender, wenn man hier den Reden so zuhört, kommen wir vom Regen in die Traufe. Erst kommt die große Abrechnung mit der Verwaltung, das ist ja jedes mal bei der Haushaltsrede hier der Fall, und da muss ich mal sagen, das stimmt mich ein bisschen traurig. Herr Prof. Schuh, hätte ich hier nicht erwartet, hat zumindest gesagt, da muss was passiert sein. Er kann nicht erkennen, wo es passiert ist. Wenn man sich die Haushaltskonsolidierung im Einzelnen ansieht, kann man es natürlich erkennen. Und es macht mich schon traurig, dass dieser Stadtrat es nicht anerkennt, was in der Verwaltung geschehen ist und was wir gemacht haben. 400 Stellen sind offensichtlich für Sie kein Thema. Kann man ruhig mal abbauen.

Kann die entsprechenden Tarifverträge machen, kann die Leute alle in Vorruhestand und sonst was schicken, bloß damit hier die Personalkosten runtergehen. Selbstverständlich haben wir Einsparungen von Personalkosten durch Ausgliederung, aber wir haben massive Einsparungen dadurch, dass wir weniger Menschen geworden sind. Und die Zahlen liegen Ihnen vor. Da können Sie einfach drauf gucken und feststellen, es passiert. Aber da gibt es hier kein Wort der Anerkennung. Da wird im Gegenteil noch darauf „rum geritten“, dass die Fachkonzepte nicht ordentlich durchgeführt werden, keine Protokolle darüber da sind. Wir können noch mehr Papierkrieg einführen. Selbstverständlich. Aber, ich will mal sagen, dass stimmt mich wirklich traurig, denn es ist in der Verwaltung eine Menge passiert. Die Leute waren unheimlich frustriert. Sie haben Überstunden ohne Ende gemacht, wegen dieser Einsparung, die wir machen mussten. Wir haben die Überstunden nicht bezahlt. Sie haben diese abgebummelt oder irgendwo weggedrückt. Nur in ganz massiven Fällen ist da mal ein bisschen Geld geflossen. Und ich muss mal sagen, dass denke ich schon, dass man der Sache mal Rechnung tragen müsste.

Dann gibt es ja hier Solidaritätserklärungen in der Form: da sind weniger Zuweisungen vom Land da, da sind erhöhte Aufwendungen durch Harz IV, denen wir nicht gegensteuern können. Das alles wird anerkannt. Herr Meerheim hat das ja hier groß ausgeführt. Aber am Ende sagt er, dem Haushalt stimme ich nicht zu. Ich würde mal sagen, wir sind doch hier am Ende so eine Notgemeinschaft. Ich kann bloß von der Gemeinschaft nichts erkennen. Sich hinzustellen und zu sagen, da kommt von der Verwaltung nicht die zündende Idee, wie wir jetzt mal den Ausgleich hinkriegen. Aber vorher festzustellen, Bund und Land und andere Einwirkungen haben uns in die Lage versetzt, dass wir ein so hohes Defizit haben, da soll die zündende Idee jetzt mal so aus der Verwaltung kommen. Da muss ich sagen, da fehlt mir so ein bisschen das Verständnis dafür. Sie sitzen ja auch schon sehr lange hier. Mir fehlt die zündende Idee eben auch aus dem Stadtrat. Und deshalb muss ich sagen, also, wie ich mich dazu verhalten soll, weiß ich nicht. Aber eins...

Auf ein paar Dinge möchte ich eingehen. Herr Dr. Meerheim, wenn Sie sagen, dass ist da undurchsichtig, was wir mit den Wohnungen machen wollen. Das ist überhaupt nicht undurchsichtig. So offen, wie wir mit diesen Fragen umgehen, das haben Sie hier noch nie erlebt. Aber es wird nicht anerkannt. Wir haben geredet bei den Fraktionsvorsitzenden, ganz klar über das Dresdner Modell, haben uns doch gar nicht gescheut. Dann haben wir gemerkt, da kam von dem Einen ein Einwand, da kam von dem Anderen ein Einwand. Die CDU hat gesagt „Ja“. Alle Wohnungen auf den Prüfstand stellen. Ist für uns ein Modell. Andere haben gesagt, ist für uns kein Modell. Was soll die Stadtverwaltung machen? Sie arbeitet daran, eine Form zu finden, die hier vielleicht am Ende die Zustimmung finden kann. Oder soll ich Ihnen irgendwas vorlegen? Gut. Also haben wir verschiedene andere Möglichkeiten diskutiert und da kam dieses Überkreuzmodell zustande. Das haben wir klar dargelegt. Ist übrigens nicht so, Herr Bönisch, wie Sie das dargelegt haben, dass 24,9 % von Banken übernommen und dann mit Zinsen belegt sind. Das ist ein Anteilsverkauf an diese Bank und wir würden keine (unverständlicher Zwischenruf – keinen Tonaufnahmen) Nein, nicht für 10 Jahre dauerhaft. Ich weiß nicht, was da bei Ihnen angekommen ist? (unverständlicher Zwischenruf – keinen Tonaufnahmen) Das haben wir so nicht besprochen. Ich habe mich mit Herrn Geier noch einmal ausgetauscht. Das sind Sie hier einer Fehlinformation aufgesessen. Es geht um einen Anteilsverkauf von 24,9 %. Ist eine Einmaleinnahme und da hängt hinterher nichts dran. Also, ich versteh das nicht, was Sie jetzt hier erfinden. Gut. Aber, ich merke, wie viel, wie wenig Orientierung offensichtlich da ist. Wir müssen offensichtlich noch öfter miteinander darüber reden. Dann haben wir festgestellt, Herr Dr. Meerheim, wie hoch das Defizit ist, und dass möglicherweise aus den ersten Abschätzungen zu sehen ist, dass das Überkreuzmodell diese volle Summe vielleicht nicht leisten kann. Und da haben wir gesagt: o. K. Dann lasst uns die Sache offen halten. Wir wollen uns Varianten vorlegen lassen, was für Möglichkeiten hätten wir. Niemand hier hat Vergnügen daran, die Wohnung zu verkaufen. Niemand hat den Ansatz, sich aus dem Einfluss davon vollständig zu verabschieden und das Thema soziale Verantwortung gegenüber den Mietern oder die Verantwortung zum Stadtumbau. Ich bin diejenige gewesen, die das dauernd hoch gehalten hat, dass wir ein Modell finden müssen, wo genau das

gesichert ist. Ich verstehe diese Vorwürfe nicht, die Sie hier auf den Tisch legen. Das ist jedenfalls nicht unser Ansatz. Und, wenn Sie das bis jetzt nicht aufgenommen haben, dann sage ich es jetzt noch einmal deutlich.

Was die Deponie angeht. Es wird gar nicht über ein Modell zurzeit diskutiert, einfach mal so die Deponie zu verkaufen. Wir haben doch einen Stadtratsbeschluss! Ich weiß nicht, haben Sie das vergessen? Da steht deutlich, na eben, habe ich den Eindruck, das steht deutlich drin, wir sollen nach einer Variante suchen, die uns aber trotzdem eine Einnahme sichert. Da muss es Ihnen doch klar sein, wenn ich keinen vollständigen Verkauf anstrebe, dass ich dann auch nicht die vorher mal im Kopf vorhandenen gewesenen 20 Millionen anstreben kann, sondern dass ich da ein Stück zurückgehen muss mit den Erwartungen, wenn ich ein anderes Modell verfolge. Und das ist der Hintergrund für 10 Millionen. Und nicht, dass wir sie jetzt mal für 10 Millionen verscherbeln wollen, wie dass dann hier gleich mal so dargestellt wird. Ich muss mal sagen, können wir uns nicht einmal auf eine einigermaßen objektive Diskussion hier einlassen? Uns steht das Wasser, was unsere Beschlüsse angeht, bis zum Hals. Prof. Schuh hat doch Recht. Die Stadt ist reich. Selbstverständlich. Wir haben noch eine Menge. Und deshalb ist es auch einfach zu den anderen zu sagen, gebt uns mal mehr Geld, ohne erst einmal selber die Verantwortung wahrzunehmen und zu sagen, was lässt sich denn mit dem hier vorhandenen Potential anfangen? Wie weit kommen wir selber aus den Schwierigkeiten? Das ist der Versuch, den wir machen. Aber, da brauchen wir eine Begleitung und eine vernünftige objektive Diskussion. Und nicht immer wieder so Vorwürfe. Ich habe den Eindruck, hier wollen sich einige aus der Verantwortung stehlen. Den Haushalt abzulehnen ist die leichteste Übung und immer zu sagen, habt alles falsch gemacht. Aber Verantwortung in dieser Situation zu übernehmen und zu sagen, jetzt stützen wir hier mal ein Stück diese Bemühungen, begleiten dies. Es wird ja gar kein Beschluss heute zum Verkauf gefasst oder dergleichen, sondern es wird überhaupt erst einmal der Weg frei gemacht, darüber nachzudenken und dafür ein Konzept auf den Tisch zu legen. Wenigstens das sollten Sie doch wollen! Wie soll es denn sonst weitergehen? Hier mal zu sagen, Herr Bönisch, wir sind uns voll bewusst, 14 Millionen Haushaltsausgabereste, die uns dann nächstes Jahr fehlen, das nehmen wir eben in Kauf. Die fehlen wirklich bei den Investitionen. Darüber sind Sie doch ganz klar. Wir wollen es auch ganz klar aussprechen. Die fehlen uns nicht in Geld. Aber sie fehlen uns bei den Investitionen. Und wir können sie durch nichts ersetzen, weil wir es als kommunale Einnahme nicht darstellen können. Diese 14 Millionen verschwinden bei der Jahresrechnung 2006. Wir haben ein kleineres Defizit. Aber, wir haben, weil wir ein Defizit haben, keine Möglichkeit eine Rücklage zu bilden, um daraus wieder kommunale Mittel für Investitionen zu schöpfen. Das geht nur, wenn der Haushalt ausgeglichen ist. Deshalb kriegen wir es eben nicht in den Haushalt nächstes Jahr rein. Und es geht sogar noch um 3 Millionen aus dem vergangenen Jahr. Sie haben ja von uns einen Zettel gekriegt. Wir haben Haushaltsausgabereste aus 2005. Da haben Sie ja zugestimmt, dass die übertragen werden können durch die Haushaltsgenehmigung in den Haushalt 2006. Die sind nicht völlig ausgegeben. Auch die nehmen wir jetzt zum Ausgleich unseres Jahresergebnisses. Und sie sind verloren für diese Vorhaben, für die sie vorher gedacht waren. Wir stellen nächstes Jahr neues Geld ein. Und dieses neue Geld steht nicht zur Verfügung für die Maßnahmen, die wir eigentlich neu einplanen müssten. Also, neue Fortführungsmaßnahmen. Da ist ja nicht eine einzige neue Maßnahme dabei. Aber Sie müssen wissen was Sie tun und was Sie dieser Stadt hier zumuten können.

Was PPP angeht, da kann ich mich nur wundern, dass Ihnen das nicht bekannt ist, dass das Landesverwaltungsamt ganz deutlich gesagt hat, dass die Voraussetzung ein genehmigter Haushalt ist. Ich verstehe nicht, in welcher Welt wir leben? Werden diese Informationen hier nicht wahrgenommen? Also Sie können sich Ihr ganzes Lob für diese Gruppe PPP schenken.

Den Beschluss brauchen wir ja nicht mehr zu fassen. Ich weiß nicht, wem wir den vorlegen wollen? Von wem wir Zustimmung haben wollen? Wenn wir selber verweigern, unsere Finanzen in Ordnung bringen zu wollen und dann ein Modellprojekt des Bundes in Halle haben wollen, wo wir eine Zustimmung von der Aufsicht brauchen, und wir da keine Haushaltsgenehmigung haben. Vielleicht gelingt es ja Ihrem Geschick im Landtag, das

anders hinzukriegen. Würde mich freuen. Ich sehe jedenfalls keinen Weg dafür. Und das sollten wir uns mal schön alles auch vor Augen halten, bevor wir hier locker sagen, Verwaltung hat nicht gut genug gearbeitet und da ist uns dieses und jenes aufgefallen, und wir lehnen mal locker den Haushalt ab. Können Sie ja machen. Werden Sie auch machen. Aber ich meine, mit den Konsequenzen werden Sie leben müssen. Ich muss sagen, ich halte das für ein Stück Verantwortungslosigkeit, wirklich hier so vorzugehen. Wo sind denn die zündenden Ideen, wie man mal locker diesen Haushalt in Ordnung bringen kann. Das ist ein hochschwieriges Geschäft, wo wir ganz schwierige Entscheidungen für diese Stadt treffen müssen. Einfach deshalb, weil es um Vermögen geht, was uns allen am Herzen liegt, wo Menschen von betroffen sind und wo man es sich eben nicht leicht machen kann. Und wo wir eben nicht einfach mal heute einen klaren Vorschlag auf den Tisch legen können, ohne vorher ordentliche Bewertung für die ganzen Dinge zu haben. Das ist doch verantwortungslos zu sagen, da hat die Verwaltung das nicht ordentlich untersetzt. Sie haben ja noch nicht einmal das Geld frei gegeben, das wir mal ein Gutachten dafür machen, wie wir es untersetzen können. Das muss man ja nun deutlich mal sagen, man kann nur arbeiten, wenn auch die Voraussetzungen stimmen. Der Finanzausschuss hat es für sich in Anspruch genommen, der BMA die Mittel zu sperren und dann Schritt für Schritt frei zu geben. Gut für die Verwaltung. Es geht immer ganz schnell. Und jetzt hängen wir daran. Wir konnten gar nicht dieses vorlegen, was Sie hier gerne hätten. Wissen Sie, wenn ich in der Lage gewesen wäre, im Frühjahr dieses Geld in die Hand zu nehmen, da wären wir heute weiter.

Gut. Ist so. Müssen wir uns daran halten und das ist dann wohl auch nicht zu ändern. Was mich stört, Herr Dr. Meerheim, die Tarifsteigerungen sind in unserer Planung drin. Herr Geier, wir haben dagesessen, ich weiß nicht, was Sie da gesehen haben? Und Ihre süffisante Bemerkung, was wir uns da ausgedacht hätten für die Steuern in den nächsten Jahren, Einkommenssteuer usw., das wundert mich. Sie, als Finanzausschussvorsitzender müssen doch ganz genau wissen, dass wir uns da an die Orientierungsdaten des Bundes und des Landes halten, die uns für bestimmte Jahre voraussagen, wie diese Einnahmen sein werden, und die haben wir unserer mittelfristigen Finanzplanung zugrunde gelegt. Und das war auch schon jedes Jahr so. Also von wegen, wir denken uns doch diese Zahlen nicht aus. Ich weiß gar nicht, wo wir jetzt auf einmal angekommen sind. Das verstehe ich nicht. Wenn Sie sagen, wir haben Gründe, die von außen wirken, dass ist ja so. Es sind aber nicht nur die Finanzausweisungen.

Und, Herr Bönisch, wenn Sie sagen, wir müssen da nun endlich mal in den Ausgaben zurück. Was mich stört ist, dass Sie sich nicht mit den Strukturdaten dieser Stadt auseinandersetzen. Wir werden bei den Sozialausgaben immer exorbitant über den anderen Städten liegen. Wenn wir von 40 Städten an letzter Stelle stehen - negativ, positiv -, was die Anzahl der Sozialhilfeempfänger angeht, also die letzten Zahlen sind aus 2004, weil ja dann Harz IV halt kommt, und dann haben wir nicht mehr die Vergleiche. Da stehen wir an letzter Stelle. Wir stehen regelmäßig an der niedrigsten Stelle, was die Einkommenssteuer angeht, bezogen auf die Bürger und auch, was die Gewerbesteuer angeht. Das kommt natürlich durch die Sozialstruktur dieser Stadt. 30 000 gut verdienende Hallenser wohnen um uns herum. Sie tragen nicht zum Einkommen dieser Stadt bei. Wenn es hier eine Gebietsreform gegeben hätte, 1993/1994, als im Lande die Strukturen geändert worden sind, und da waren die kreisfreien Städte ja mit dran, denn wir sind ja wie Kreise zu betrachten. Es hat eine Ausnahme gegeben für Halle. Da hat man gesagt, muss man gesetzlich regeln, weil man nicht bereit war ... Denken Sie an Ihre eigenen Reden, wenn ich mich über das Umland äußerte, dass Sie gesagt haben, ja wir müssen ein bisschen auf die zugehen und wir müssen mit denen freundlich sein, damit sie freiwillig zu uns kommen ... Wo ist denn die konsequente Linie dieses Stadtrates, diese Unterstützung zu geben, dass wir tatsächlich zur Veränderung

in diesen Strukturen kommen. Da sind Sie sich hier doch gar nicht mal einig! Da muss ich mal sagen, wie soll denn so etwas erreicht werden. Das ist ein schwieriges Geschäft und das kann überhaupt nicht gelingen, wenn hier nicht alle dahinter stehen. Das geht nicht darum, zum Saalkreisbewohner mal ein bisschen Mitleid zu haben. Wir machen ganz viele

Finanzierungen für das Umland, ohne dass das Umland das in irgendeiner Weise anerkennt. Jahrelang inzwischen. Wenn man mit den Leuten persönlich spricht, da geben die uns ja alle Recht. Aber, wenn es darauf ankommt, stimmt man natürlich dagegen, weil, das gebe ich zu, würde ich auch verstehen, man Angst vor der großen Stadt hat. Und hier ist Regierungsverantwortung gefragt. Viele Jahre lang. Auch die SPD-Regierung hätte handeln müssen. Natürlich konnte sie nicht bei Minderheitsregierungen, wie will man da jemals eine Kommunalreform machen? Nicht? Wo soll die Mehrheit herkommen? Aber selbst die schwarz-gelbe Regierung: vier Jahre waren Zeit gewesen. Es war eine große Mehrheit im Landtag da. Da muss ich Ihnen sagen, ich als SPD-Frau habe gehofft, dass da etwas passiert. Es ist nichts passiert. Und jetzt kranken wir wieder daran. Jetzt hat die SPD, wir Halle, ja, haben es erzwungen, dass es in der Koalitionsvereinbarung steht, dass bis zum 1.7.2007 ja endlich mal eine Entscheidung getroffen wird. Da kann doch nur sagen, wo ist jetzt die große Unterstützung in der Öffentlichkeit, dass das wirklich passiert. Da muss ich mal sagen, da fühle ich mich hier ganz schön alleine gelassen, immer nur zu sagen, habt mal ne tolle Idee. Aber da, wo man an der Schraube drehen könnte, wo aber Kraft und auch Auseinandersetzung natürlich gefragt ist, da müssen mal alle zusammen stehen und das müssen wir dann auch mal wollen. Da muss ich sagen, da kann ich mir eine Menge Unterstützung vorstellen, die ist zurzeit so deutlich nie zu sehen. Es ist halt schlecht, sich anzulegen und immer anlegen zu müssen. Aber es ist wahrscheinlich nötig.

Was den Ausgleich, Herr Dr. Meerheim, angeht in den Jahren danach. Selbstverständlich haben Sie Recht, der Solidarpakt geht bis 2019 auf Null. Die großen Einschränkungen kommen nach 2009. Bis dahin geht das relativ geradeaus. Aber sollten wir uns da jetzt mal Zahlen ausdenken oder wie? Ich meine, so lange, wie da nichts auf dem Papier ist, wie das vom Bund und Land umgesetzt werden soll, können sie nicht erwarten, dass wir es schon mal ein so ein bisschen in den Haushalt einarbeiten. Was wir eingearbeitet haben ist, dass die Sonderergänzungszuweisung für den Osten wegen der hohen Sozialhilfebelastung, die im Jahre 2009 wegfällt, die ist eingerechnet, und deshalb steigt das dann auch wieder an unsere Ausgaben im Sozialbereich. Das äußert sich sofort. Und deshalb kann ich nur eins sagen, wir müssen im Klaren sein. Ersten müssen wir an den großen Schrauben drehen, und das ist schmerzhaft, und wir müssen es wollen. Und das Zweite ist, wir müssen wirklich auf die, na, wie soll ich es sagen, auf die Notwendigkeit der Veränderung der strukturellen Grundlage des Oberzentrums hinarbeiten und da müssen wir einig sein und das müssen wir einfordern. Sonst werden wir uns eben nicht am eigenen Hals aus dem Schlammassel ziehen können. Es geht nicht. Stellen Sie sich doch vor: Wir haben, sagen wir mal 1993 wär's passiert, das sind 13 Jahre, wo wir die hohen Sozialausgaben jedes Jahr aufgehäuft haben. Egal, ob da noch 2 Millionen mehr dabei sind oder nicht. Gucken Sie sich mal den Gesamtbetrag an. Wir können hier alles aufgeben und nur noch diese Ausgaben bedienen. Und diese Veränderung muss kommen. Sonst wird das hier in Halle nichts. Das hat schon Roland Berger festgestellt. Haben Sie das alles übersehen? Die ganzen Jahre tragen wir das vor uns her. Und da ist einfach jetzt mal klare Aussage gefragt und nicht diese Klein-Klein-Streiterei. Haben wir an der Stelle genug gemacht, ist dort was zu spät gekommen. Natürlich muss Verwaltung richtig arbeiten. Natürlich muss Druck ausgeübt werden, und auch die einzelnen Eigenbetriebe müssen ihren Beitrag dazu leisten. Aber hier so zu tun, als wäre da nichts passiert, bloß weil wir mal so bisschen nicht richtig gearbeitet haben. Das muss ich ehrlich sagen, das weise ich echt zurück. Das wäre ungerecht gegenüber dieser Verwaltung, die auf ihrem Buckel eine Menge ausgetragen hat. Und ich bitte Sie einfach, wenn Sie jetzt in die Pause gehen, überlegen Sie sich genau, was Sie tun. 14 Millionen für Investitionen einfach mal, und die 3 Millionen vom vergangenen Jahr, nicht zu übersehen, wir haben Ihnen ja jetzt 17 Millionen aufgeschrieben, Sie haben es gesehen, die einfach mal in den Haushaltsausgleich zu stopfen und für nächstes Jahr nicht zur Verfügung zu haben, und das Thema PPP aufs Spiel zu setzen, dass finde ich, muss man sich schon schwer überlegen, ob man das dieser Stadt zumutet. PPP sollte der Versuch sein, gerade an der Stelle, wo es am meisten drückt, bei Schulen und Kindergärten, wo wir immer 100prozentig kommunale Finanzierung leisten müssen, ein Stück voran zu kommen. Ich denke, da sollten wir alle zusammenstehen und sollten überlegen, wie das möglich ist, das umzusetzen und nicht, wie

es möglich ist, der Verwaltung jetzt klar zu machen, wie schlecht sie gearbeitet hat. Da muss ich mal ehrlich sagen, da wünsche ich mir hier eine andere Herangehensweise und überlegen Sie sich mal, was Sie für eine Grundlage legen für den oder die Neue. Da sind Sie ja möglicherweise hier auch persönlich betroffen. Das sollten Sie sich vielleicht mal durch den Kopf gehen lassen. Wir werden den Haushaltsentwurf 2007 in der Form nicht bringen können, wie er jetzt konzipiert ist. Wir werden das Ist dieses Jahres abwarten müssen. Wir haben das nie im Januar gehabt. Frau Müller rauft sich die Haare, wenn sie hört, sie soll ein vorläufiges Ist Ende Januar zugrunde legen für den Haushalt 2007. Und danach können wir dann in die Aufstellung eines Verwaltungshaushaltes gehen. Der kann Ihnen vielleicht, wenn es gut geht, dann im März/April vorgelegt werden. Und dann können Sie in die Haushaltsdiskussion einsteigen. Ich muss mal ehrlich sagen, was das für ein Vorteil für dieses Stadt bringen soll, das kann ich nicht erkennen und deshalb würde ich doch bitten, dass Sie sich vielleicht noch mal darüber austauschen, ob es sinnvoll ist, diesen Schritt jetzt zu gehen. Es wird eine so schlechte Voraussetzung für das nächste Jahr gelegt und wir machen uns selber eigene Schwierigkeiten; legen uns selber Steine in den Weg. In der Situation, in der wir sind, finde ich, ist es nicht richtig, überhaupt an so etwas zu denken. Dankeschön.

Herr Bartl unterbrach die Diskussion zur Haushaltsberatung für 20 Minuten.

P A U S E

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, setzte die Sitzung fort und fragte nach weiteren Wortmeldungen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion der PDS, stellte einen **Geschäftsordnungsantrag** und bat für seine Fraktion um eine **Auszeit** von 5 Minuten.

Ohne förmliche Abstimmung erfolgte eine **A u s z e i t** von 5 Minuten.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler (wortwörtliches Protokoll)

Ich wollte nur etwas nachtragen. Es ist ja irgendwie deutlich geworden, dass die einzelnen Maßnahmen zum Abbau des Altdefizits doch bei einigen hier Irritationen hervorrufen, so wie sie formuliert sind. Also möchte ich noch einmal zu Protokoll geben, dass das Thema Deponie, das steht natürlich immer sehr verkürzt in der Tabelle, einfach nur „Verkauf“. Das ist natürlich nicht so gemeint. Der Stadtrat selbst hatte ja dem Verkauf letztens nicht zugestimmt. Das haben wir ja zurückgenommen und hat hier einen Beschluss gefasst, wie mit der Deponie umzugehen ist. Und dieser Beschluss soll Grundlage sein für die Erwirtschaftung der 10 Millionen zur Deponie. Also, es geht nicht darum, die Deponie für 10 Millionen zu verkaufen, sondern eine Form zu finden, wo wir auch vielleicht als Kommune lieber selbst beteiligt sind. Aber da muss eben darüber diskutiert werden. Das ist nicht so schnell gemacht, die aber trotzdem eine Einnahme von 10 Millionen bringt. Das ist jetzt das Kunststück und darum ringen wir. Das ist also dort verkürzt dargestellt und da würde ich noch mal zu Protokoll geben, dass natürlich dieser Stadtratsbeschluss gilt. Der ist ja da. Und was das Wohnungsvermögen angeht. Ich verstehe ja die Diskussion. Es ist ein großer Betrag, den wir dort erreichen müssen und die Angst ist im Raum. Das ist sonnenklar, weil bei Verschiedenen der Eindruck entstand, dass damit der Komplettverkauf beider Unternehmen beschlossen wird. Das will ich hier ausdrücklich erklären. Dass dieses Abbaukonzept keine Vorwegnahme ist für einen Beschluss, etwa die Wohnungsunternehmen komplett zu verkaufen, sondern im Gegenteil. Es geht ja darum, Varianten zu erarbeiten und ich denke, es wird immer darum gehen, die schonendste Variante für das

Immobilienvermögen zu finden, aber es muss natürlich auch den Betrag ergeben. Und das wird sich herausstellen, wenn wir die Gutachten vorliegen haben, welche Varianten es gibt. Also noch einmal ganz klar: Das ist heute keine Vorwegnahme, kann es auch gar nicht sein, eines Komplettverkaufes der Wohnungsunternehmen, weil, wenn die Varianten da sind, müssen die im Einzelnen hier im Stadtrat diskutiert werden und dann wird der Stadtrat einer Variante zustimmen, die er für richtig hält. Und das wollte ich hier noch einmal deutlich machen, dass nicht falsche Vorstellungen im Raum sind, was man möglicherweise schon beschlossen hat und hinterher darauf festgenagelt wird. Das ist ja immer so, die Angst. Und vielleicht hilft es, wenn das noch einmal deutlich im Protokoll auch formuliert wird.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion die Linkspartei. PDS, sagte, dass unter der Voraussetzung, dass die Anmerkungen von **Frau Häußler** zu Protokoll gebracht werden, die Mehrheit seiner Fraktion dem Haushalt zustimmen wird.

Herr Bartl bat um Diskussion zum vorliegenden Änderungsantrag, TOP 5.4.1.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler erinnerte den Stadtrat daran, dass es einen Antrag der CDU-Fraktion Ende letzten Jahres gab, wo verlangt oder gefordert wurde, dass die heutige Stelleninhaberin der Fachbereichsleiterstelle Personal zurückversetzt wird. Dieser Antrag wurde hier im Stadtrat am 25.1.2006 abgelehnt. Folgerichtig ist, wenn der Stadtrat ablehnt, dass diese jetzige Stelleninhaberin nicht zurückversetzt wird. Dann bleibt sie auf der Stelle und das Ergebnis ist, dass diese Stelle umgewandelt werden muss in eine Angestelltenstelle. Der Stellenplan ist immer auf die Verhältnisse anzupassen, die in dem Jahr eingetreten sind. Das hat die Verwaltung gemacht. Sie fragt sich, wenn der Stadtrat das deutlich zum Ausdruck gebracht hat, wieso jetzt der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften kommt und sagt, diese Umwandlung kann nicht stattfinden. Wenn der Stadtrat einmal seinen Willen kundgetan hat, weiß sie nicht, ob der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften den wieder wandeln kann. Das muss der Stadtrat entscheiden. Sie wollte noch einmal deutlich machen, dass der Antrag schon einmal da war und der Stadtrat sich dazu mehrheitlich positioniert hat.

Frau Weiß, Fraktion der CDU, sagte zu Frau Häußler, dass diese dem Stadtrat immer das Recht abgesprochen habe, über den Stellenplan des Haushaltes entscheiden zu können, da es ihr Organisationsrecht wäre. Das war zu diesem Zeitpunkt Ihre Begründung. Zwischenzeitlich gibt es dazu eine Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes. Die Änderung der Stelle im Haushaltplan erfolgte ohne Begründung und wurde nachgeschoben von einer Beamtenstelle in eine Angestelltenstelle. Hier handelt es sich um eine Stelle, die in der Regel hoheitliche Aufgaben umfasst und nach dem Grundgesetz sollten auch diese Stellen dann von Beamten ausgeführt werden. Sie sehe keinen sachlichen Grund einer Umwandlung dieser Stelle. Auch warte sie noch auf eine Beantwortung dazu. Zum Entscheidungsrecht des Stadtrates sagte sie, dass in der Stellungnahme steht, dass der Stadtrat in den Stellenplanberatungen entscheidet unter Abwägung auch anderer öffentlichen Interessen, insbesondere der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Gemeinde haushaltsrechtlich darüber, welche Stellen er mit welcher Wertigkeit ausbringt. Dazu gehört eben auch Angestellten- oder Beamtenstelle. Die Oberbürgermeisterin hat die einzelnen Aufgabenzuschnitte gegebenenfalls entsprechend anzupassen. Also, genauso, wie der Stadtrat es ausgestaltet, dann haben Sie das in Ihrem Organisationsrecht zu untersetzen. Da diese Stelle aus unserer Sicht eine wichtige Stelle ist und hoheitlichen Aufgaben auf dieser Stelle sein sollten, wäre es notwendig, dass es eine Beamtenstelle bleibt. Ähnlich ist es bei der Haushaltskonsolidierung. Dies wird auch vom Landesrechnungshof beanstandet und es ist festgestellt worden, dass es dann in der Verwaltung nicht richtig funktioniert, weil die Haushaltskonsolidierung dem Finanzbereich entzogen wurde. An dieser Stelle im Personalbereich ist es wichtig, dass hoheitliche Aufgaben beim Personalchef bleiben.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler wies Frau Weiß darauf hin, dass hier öffentlich aus dem vertraulichen Vermerk des Landesverwaltungsamtes etwas gesagt wird. Sie widersprach, dass sie niemals dem Stadtrat abgesprochen hätte, über den Stellenplan zu befinden. Der Stadtrat muss über den Stellenplan befinden, da er Finanzrelevanz hat. Damals sagte sie, dass sie wisse, wie die Aufgabenzuschnitte in der Verwaltung sind. Sie habe über den Stellenplan gar nicht entschieden, sondern ihr Amtsvorgänger. Durch das Landesverwaltungsamt wurde deutlich gesagt, wenn keine hoheitlichen Aufgaben in dieser Stelle sind, bestehe kein Grund für eine Beamtenstelle. Es gibt Städte, wo der Fachbereichsleiter Personal nicht Beamter ist. Frau Häußler verwies auf die gute Arbeit der Fachbereichsleiterin Organisation und Personalservice.

Herr Dr. Meerheim fragte, welche Auswirkungen es hätte, wenn der Stadtrat dem Beschluss des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften Folge leisten würde.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass sie in Widerspruch gehen wird und dieses dann irgendwann zum Landesverwaltungsamt kommt.

Herr Bartl bat um Abstimmung des Änderungsantrages:

zu 5.4.1 Änderungsantrag des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2006, sowie participationsbericht über das Jahr 2004 (Vorlage: IV/2005/05503) Vorlage: IV/2006/06091

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stelle des Fachbereichsleiters / der Fachbereichsleiterin des Fachbereiches 11 wird nicht von einer Beamtenstelle in eine Angestelltenstelle umgewandelt.

Abstimmungsergebnis zu TOP 5.4.1:

mehrheitlich a b g e l e h n t

Herr Krause, Fraktion der SPD, beantragte im Namen seiner Fraktion namentliche Abstimmung zur Haushaltsvorlage.

Herr Bartl wies darauf hin, dass es zur namentlichen Abstimmung ein Fünftel der anwesenden Mitglieder des Stadtrates sein müssen.

Abstimmungsergebnis zur namentlichen Abstimmung:

mehrheitlich a b g e l e h n t

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, bezog sich auf die Ausführungen von **Frau Oberbürgermeisterin Häußler**, dass es nicht richtig sei, dass der Haushalt für 2007 nicht aufgestellt werden könne, weil auf den Entwurf, auf das Ist von 2006, gewartet werden müsste, wenn der Beschluss nicht gefasst wird. Der Haushalt könne nach Gusto aufgestellt werden. Es ist kein Grund den Haushalt abzulehnen bzw. zuzustimmen, damit der Haushalt 2007 pünktlich eingebracht werden kann.

Zur Initiative der SPD, die in den Koalitionsvertrag eingebracht ist, dass bis zum 1.7.2007 dies zu überprüfen ist, bemerkte er, dass genau diese Formulierung schon im Gesetz enthalten war. (unverständliche Zwischenrufe – keine Tonaufnahmen)

Herr Godenrath (keine Tonaufnahmen, da ohne Mikrofon gesprochen)

Herr Bönisch bedauerte die Konsequenzen, wenn der Haushalt nicht beschlossen wird, dass auf der Liste „Haushaltsreste“, dass PPP-Projekt nicht aufgeführt ist.

Herr Bönisch führte weiter aus, dass es für ihn eine völlig neue Information sei, wenn sie jetzt sage, dass es doch relevant sei, ob wir den Haushalt beschließen oder nicht. Zu den Angelegenheiten des Vermögenshaushalts sagte er, dass, wenn wir in diesem Jahr das Geld nicht ausgeben können und nicht als Haushaltsausgabereste mitnehmen in das neue Jahr, wird sich das diesjährige Defizit mindern. Das heißt, dass wir im nächsten Jahr mit einem anderen kumulativen Defizit anfangen. Das kumulierte Defizit im nächsten Jahr ist das Gleiche, wie in diesem Jahr. Das Defizit wird nur von einem Jahr in das andere verschoben. Das Geld ist nicht verloren, sondern in einer anderen Form da. Wir können das durch Vermögenshaushaltsüberweisung vom Verwaltungshaushalt durchaus aktivieren. Die technischen Vorgaben, die hier notwendig wären, um den Haushalt zu beschließen, könne er nicht gelten lassen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass, wenn ihr die Kämmerei sagt, was wir brauchen, um den Verwaltungshaushalt 2007 aufzustellen, entweder die Planung von 2006 und wenn es diese nicht gibt, brauchen wir das IST von 2006 als Grundlage, um zu sagen, wie darauf aufbauend der Verwaltungshaushalt 2007 ist.

Weiterhin verstehe sie in Bezug auf die Verwaltungsausgabereste nicht, dass dies nicht verstanden wird. Investitionen können nur mit kommunalen Eigenmitteln, die im Vermögenshaushalt eingenommen werden, finanziert werden. Nicht aus dem Verwaltungshaushalt. Wenn kein Haushalt da ist und im Vermögenshaushalt ist noch Geld da, was nicht ausgegeben wurde, dann geht dieses in den Haushaltsausgleich des Jahres 2005 für den Verwaltungshaushalt. Es ist für den Verwaltungshaushalt verbraucht. Im nächsten Jahr müssen wir für die Fortführungsmaßnahmen, für die die 14 Millionen Euro gedacht waren, neue Einnahmen im Vermögenshaushalt darstellen.

Diese 14 Millionen müssen von den Vorhaben weggenommen werden, die eigentlich für 2007 vorgesehen sind. Insofern gehen sie nur für den Ansatz im Vermögenshaushalt verloren. Die Maßnahmen können dann im nächsten Jahr minus den 14 Millionen kommunale Anteile überhaupt in den Haushalt eingestellt werden. Was die PPP-Projekte angehe, bestehe eigentlich Klarheit bei allen. Sie verstehe nicht, dass dies nicht allgemeiner Wissensstand ist.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat jetzt um die Abstimmung der Gesamtvorlage. Er wies darauf hin, dass Punkt 2 zur Kenntnis ist.

Abstimmungsergebnis zu TOP 5.4:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

24 Ja-Stimmen
18 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2006, den Haushaltsplan 2006 und das Haushaltskonsolidierungskonzept am 25.10.2006
 2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2004 zur Kenntnis.
-

**zu 5.5 Jahresrechnung 2004 und Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin
Vorlage: IV/2006/05884**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1. *Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2004 wird gemäß § 108 Abs. 3 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt beschlossen.*
 2. *Der Oberbürgermeisterin wird für das Haushaltsjahr 2004 gemäß § 108 Abs. 3 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt Entlastung erteilt.*
-

Abstimmungsergebnis:

a b g e s e t z t

- zu 5.6 Erneuerung der Gebührensatzung des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel"**
Vorlage: IV/2006/05776
- zu 5.6.1 Änderungsantrag zur Beschlussvorlage "Erneuerung der Gebührensatzung des Konservatoriums Georg-Friedrich-Händel" (Vorlage-Nr. IV/2006/05776)**
Vorlage: IV/2006/06043
- zu 5.6.2 Änderungsantrag zur Beschlussvorlage "Erneuerung der Gebührensatzung des Konservatoriums Georg Friedrich Händel" (Vorlage-Nr. IV/2006/05776)**
Vorlage: IV/2006/06049
-

Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, wies nochmals darauf hin, dass eine modifizierte, im Hauptausschuss abgestimmte Vorlage, zur Abstimmung vorliegt.

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, wies darauf hin, dass in dieser Vorlage im Umgang mit der Musikschule in die falsche Richtung gegangen wird. Sie zitierte Herrn Rau, Altbundespräsident, und den Kinderschutzbund Halle, um dies zu begründen. Sie fragte, wie sich jetzt die politischen Rahmenseetzungen für die Musikschule in Halle entwickeln. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wurde durch die Verwaltung ein Fachkonzept erarbeitet, welches in Zusammenhang mit der Gebührensatzung diskutiert werden sollte. Dies liegt aber noch nicht vor, obwohl lt. Protokollaussage vom Kulturausschuss im Oktober 2005 der Beigeordnete für Kultur und Bildung zusicherte, dass das Fachkonzept in den Stadtrat kommt. In der letzten Sitzung stellte der Kulturausschuss fest, dass das Fachkonzept, insbesondere wegen der horrenden Reduzierung von Stellen für Festangestellte, in den Lenkungsausschuss kommt.

Was die Gebührensatzung betrifft, müsse gespart werden. Aber nicht mit dem „Rasenmäher“. Wenn in einer Bildungseinrichtung, die schon im Vergleich mit anderen Kultureinrichtungen einen hohen Kostendeckungsgrad von 30 %, Magdeburg hat im Vergleich dazu 29 %, arbeitet und in 2-Jahresetappen insgesamt 413 175 Euro eingespart werden sollen, zeugt dies nicht von differenzierter Schonung. Unsere Stadt hat jetzt schon Gebühren, die deutlich über denen von Magdeburg liegen. Sie zitierte und verglich weitere Gebühren aus der Vorlage mit anderen Städten. Die Stadt Halle liegt an vielen Stellen weit darüber. Zusammenfassend sagte sie, dass für ihre Fraktion die Vorlage und auch die Änderung durch die Fraktion Die Linkspartei. PDS nicht akzeptabel ist. Sie plädierte für eine Abstimmung.

Herr Schramm, Fraktion Die Linkspartei, PDS, stellte klar, dass dies ein Antrag von ihm persönlich war und von der Fraktion Die Linkspartei. PDS nicht in Gänze getragen werde. Ihm sei klar, dass die Gebührenerhöhung Auswirkungen hat. Er geht aber davon aus, dass ein Haushaltskonsolidierungsbeitrag auch vom Konservatorium gebraucht werden muss. Der Vorwurf ist nicht gerechtfertigt, dass dies mit der „Rasenmähermethode“ gemacht wird. Hierzu denkt der Kulturausschuss sehr differenziert nach. Er machte den Vorschlag, da er sich nicht sicher ist, was passiert, was mit der Gebührenanhebung in der ersten Stufe vorgenommen wird, Ende Januar 2008 eine Prüfung des gesamten Sachverhaltes vorzunehmen. Dann könne man die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen sehen. Das Konservatorium ist zurzeit ausgebucht. Es können also nicht mehr Kinder in die Versorgung gebracht werden. Vernünftig wäre, wenn wir angemessene Gebührensätze haben. So hat der Saalkreis nahezu die gleichen Gebührensätze, wie wir dann beschlossen

haben. Wenn zu wenig Musikschulplätze in Halle vorhanden sind, sollte es möglich gemacht werden, das private Musikschulangebot stärker zu formieren. Nur durch eine sinnvolle Gebührenanhebung haben Private auch die Chance, Musikschulangebote zu bringen. Er machte den Vorschlag, diesen modifizierten Beschluss zu fassen.

Herr Bartl warf ein, dass die Modifikation bereits in die Beschlussfassung eingearbeitet wurde.

Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Bildung, ging auf die vorgetragenen Argumente ein und bestätigte, dass das Fachkonzept in die Lenkungsgruppe kommt. Dies sagte er bereits in den Ausschüssen. Die „Rasenmähermethode“ treffe nicht zu. Es werde differenziert vorgegangen. Auch die Haushaltskonsolidierung macht vor dem Konservatorium nicht Halt. In vergleichbaren Städten wie Halle liegen bereits jetzt schon die Gebührensätze so vor, wie Halle sie anstrebt. Mit dem Vorschlag von **Herrn Schramm**, den sich die Stadt Halle zu Eigen gemacht hat, wurde ein Kompromiss gefunden. Er bat deshalb darum, dem Antrag zu folgen.

Frau Ewert, Fraktion der SPD, sagte, dass sie die jetzige „Weltuntergangstimmung“ nicht verstehe. Der Kulturausschuss und der Hauptausschuss haben sich verantwortungsvoll mit diesen Dingen auseinandergesetzt. Sie betonte, dass aufgrund der vorhergehenden Haushaltsdiskussion vor der zweiten möglichen Gebührenerhöhung ausreichend über die Ergebnisse der ersten Erhöhung diskutiert werden sollte. Eng angebunden an die Leitung der Musikschule könnte dann festgestellt werden, ob es Härten gegeben hat. Zunächst müsse aber versucht werden, diesen Bereich zu konsolidieren.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis zu TOP 5.6:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

24 Ja-Stimmen

14 Nein-Stimmen

3 Enthaltungen

Beschluss (in modifizierter Form):

Der Stadtrat beschließt die lt. Änderungssatzung (siehe Anlage 1) vorgeschlagene Gebührenveränderung/-erhöhung für den Unterricht des Konservatoriums „Georg Friedrich Händel“ ab dem Schuljahr 2006/07. Die Gebührenveränderung/-erhöhung 2008/2009 wird nach Prüfung in dieser oder veränderter Form bis zum 31.01.2008 zu beschließen sein.

**zu 5.6.1 Änderungsantrag zur Beschlussvorlage "Erneuerung der
Gebührensatzung des Konservatoriums Georg-Friedrich-Händel"
(Vorlage-Nr. IV/2006/05776)
Vorlage: IV/2006/06043**

Abstimmungsergebnis zu TOP 5.6.1: e r l e d i g t

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird um einen Satz erweitert und lautet neu wie folgt:

*„Der Stadtrat beschließt die laut Änderungssatzung (siehe Anlage 1) vorgeschlagene
Gebührenveränderung/-erhöhung für den Unterricht des Konservatoriums „Georg Friedrich
Händel“ ab dem Schuljahr 2006/2007. Die Gebührenveränderung/-erhöhung ab dem
Schuljahr 2008/2009 wird nach Prüfung spätestens bis zum 31.01.2008 beschlossen.“*

**5.6.2 Änderungsantrag zur Beschlussvorlage "Erneuerung der Gebührensatzung
des Konservatoriums Georg Friedrich Händel" (Vorlage-Nr. IV/2006/05776)
Vorlage: IV/2006/06049**

Abstimmungsergebnis: e r l e d i g t

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird verändert und lautet nun neu:

*„Der Stadtrat beschließt die laut Änderungssatzung (siehe Anlage 1 der Vorlage)
vorgeschlagene Gebührenveränderung/-erhöhung für den Unterricht des Konservatoriums
„Georg Friedrich Händel“ ab dem Schuljahr 2006/2007. Die Gebührenveränderung/-
erhöhung 2008/2009 wird nach Prüfung in dieser oder veränderter Form bis zum 31.01.2008
zu beschließen sein.“*

zu 5.7 Namensgebung einer schulischen Einrichtung
Vorlage: IV/2006/05866

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt entsprechend dem Vorschlag der Gesamtkonferenz die Namensgebung der

Grundschule Roßlauer Straße in *Grundschule Silberwald*

zu 5.8 Jahresabschluss für das Psychiatrische Krankenhaus Halle (Saale)
für das Wirtschaftsjahr 2005
Vorlage: IV/2006/05983

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

- 1. Der Jahresabschluss für das Psychiatrische Krankenhaus Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2005 wird festgestellt.**
 - 2. Der Leitung des Psychiatrischen Krankenhauses Halle (Saale) wird für das Wirtschaftsjahr 2005 gemäss § 18 Abs. 4 Satz 2 EigenBG LSA Entlastung erteilt.**
 - 3. Der Gewinn von 72.450,44 € wird der Gewinnrücklage zugeführt.**
-

- zu 6 **Wiedervorlage**
- zu 6.1 **Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost**
Vorlage: IV/2006/05541
- zu 6.1.1 **Änderungsantrag zum Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost (Vorlage-Nr.: IV/2006/05541)**
Vorlage: IV/2006/06044
- zu 6.1.1.1 **Änderungsantrag zum Änderungsantrag zum Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost [Vorlage-Nr.: IV/2006/05541]; (Vorlage-Nr.: IV/2006/06044)**
Vorlage: IV/2006/06089
-

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass ein Änderungsantrag vorliegt, der durch den Hauptausschuss in modifizierter Form bestätigt wurde. Der Antrag selbst stehe noch zur Abstimmung.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, sagte, dass der Ergänzungsantrag zum Antrag von der Stadtverwaltung eingebracht werden müsse. Sie begründete den Antrag ihrer Fraktion. In einem Verwaltungshandeln könnte die Stadtverwaltung zeigen, dass sie die Situation problem- und lösungsorientiert behandeln kann. Sie bat, dem Antrag ihrer Fraktion zuzustimmen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler stellte den Ergänzungsantrag, der im Hauptausschuss beschlossen wurde, zur Abstimmung. Sie begründete die Aufnahme des Punktes 3 in den Beschluss und bat den Stadtrat dies zu unterstützen.

Herr Weihrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, sagte, dass er die hier geführte Diskussion verstehe, da aus seiner Sicht schon im Vorfeld des Planfeststellungsverfahrens die Maßnahme nötig gewesen wäre. Er könne nicht nachvollziehen, dass eine Lärmschutzmaßnahme ausgespart wird.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, bezog sich auf die Ausführungen von **Frau Wolff** und erläuterte die Ausgangslage. Im Planungsrecht gibt es nicht die Möglichkeit, nach Gutdünken eine Gebietskategorie zu ändern. Total falsch ist, dass die HES durch ein totales Wohngebiet läuft. Wenn die HES nicht gebaut würde, wäre die Stelle ohnehin Gewerbegebiet, weil rechts und links von dieser Trasse gewerbliche Einrichtungen sind. Diese werden zwar teilweise nicht mehr genutzt, aber die Grundstückseigentümer haben ein Recht auf die Verwendung ihrer Grundstücke in diesem Sinne. Auch existiert dort kein Bebauungsplan für ein reines Wohngebiet. Dieser ist ein ganzes Stück von der HES abgerückt. Die Situation ist, dass ein verlängerter „Finger“, der an diesen Bebauungsplan angrenzt, zwischen Gewerbe- und Gartengrundstück ragt und an die HES stößt. Planungsrechtlich ist es nicht möglich, ein dichtes Nebeneinander von Gewerbegebiet und reinem Wohngebiet zu legen, da die beiden Gebiete sich in der

zulässigen Lärmbelastung ausschließen. Deshalb die Kategorie Mischgebiet. Die Lage eines Wohnhauses im Mischgebiet ist für die Bewohner nicht gleich automatisch eine Zumutung. Grundlage für die Ermittlung einer Lärmschutzanlage ist das Emissionsschutzgesetz. Er erläuterte die vier aufgeführten Kategorien mit ihren unterschiedlichen Anforderungen. Aufgrund dieser gesetzlichen Grundlage ist im Zuge des Planfeststellungsbeschlusses und auf der Basis der Verkehrsprognose an dieser Straße eine Berechnung der Lärmschutzwerte gemacht worden. So bewegt sich das Gebiet, laut den prognostischen Werten, unterhalb der Ansätze aus dem Emissionsschutzgesetz.

Die Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE stellte Anfang diesen Jahres den Antrag, für dieses eine Wohngrundstück eine Lärmschutzmaßnahme vorzusehen. Diese Maßnahme hätte zwischen 300 und 550 TEuro gekostet. Nach Probieren vieler Varianten kam man zu einer Optimierung, die etwa 65 TEuro kostet. Diese 65 TEuro für die Lärmschutzmaßnahmen an dieser Stelle bleiben in jedem Fall eine freiwillige Maßnahme, die nicht in den Planfeststellungsbeschluss aufgenommen werden kann. Deshalb ist sie auch nicht förderfähig. Es kommt darauf an, die finanziellen Grundlagen zu schaffen, und zwar mit der Möglichkeit, dass die betroffenen Anwohner mit herangezogen werden, wie bei den Straßenausbaumaßnahmen. Diese Notwendigkeit wird innerhalb der Verwaltung deshalb gesehen, weil es entlang der HES eine weitere Reihe von Splittersiedlungen gibt, die im emissionsschutzrechtlichen Sinne ebenfalls keinen Anspruch auf Lärmschutz haben. Wenn an einer Stelle angefangen wird, als freiwillige Leistung der Stadt, dort Lärmschutz zu bauen, muss damit gerechnet werden, dass an anderer Stelle diese Begehrlichkeiten auch wachsen. Nach unserer Kalkulation sind das noch einmal Größenordnungen von 200 TEuro, die anstehen. Die Erfahrung der Verwaltung ist die, dass in dem Moment, wo die Nutznießer einer städtischen Infrastrukturmaßnahme zur Finanzierung mit herangezogen werden, sich die Wünsche und Forderungen relativieren. Aus diesem Grunde wurde von der Stadtverwaltung der Vorschlag der Finanzierungsbeitrag gemacht. In der momentanen Haushaltssituation ist unsere Stadt kurzfristig nicht handlungsfähig und vor 2008 werde mit dem Ausbau der HES nicht begonnen.

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, stellte den **Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte und Abstimmung**.

Abstimmungsergebnis zum Abbruch der Debatte:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Wiedervorlage. Der Antrag TOP 6.1 ist erledigt, da es zwei Änderungsanträge gibt.

**zu 6.1 Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost
Vorlage: IV/2006/05541**

Abstimmungsergebnis zu TOP 6.1:

e r l e d i g t

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, aktive Lärmschutzmaßnahmen im Abschnitt 3b 2 Hochweg - Delitzscher Straße im östlichen Bereich zwischen Knoten 9 und 10 zu errichten und zu diesem Zweck

- 1. die Variante 3.5 fachlich auszuarbeiten und*
 - 2. für das Jahr des Baubeginns die notwendigen Kosten in den Haushalt einzustellen.*
-

**zu 6.1.1.1 Änderungsantrag zum Änderungsantrag zum Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost [Vorlage-Nr.: IV/2006/05541]; (Vorlage-Nr.: IV/2006/06044)
Vorlage: IV/2006/06089**

Abstimmungsergebnis zu 6.1.1.1:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Beschluss wird um einen Punkt 3 ergänzt:

- 3. Die Stadtverwaltung wird ermächtigt, Verhandlungen mit den Begünstigten über eine angemessene Kostenbeteiligung zu führen.**
-

zu 6.1.1 **Änderungsantrag zum Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost (Vorlage-Nr.: IV/2006/05541)**
Vorlage: IV/2006/06044

Abstimmungsergebnis zu TOP 6.1.1: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss (in modifizierter Form):

Der Beschlussvorschlag wird um zwei Punkte ergänzt und lautet neu wie folgt:

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt, aktive Lärmschutzmaßnahmen im Abschnitt 3b 2 Hochweg – Delitzscher Straße im östlichen Bereich zwischen Knoten 9 und 10 zu errichten und

- 1. die Variante 3.5 fachlich auszuarbeiten und**
 - 2. für das Jahr des Baubeginns die notwendigen Kosten in den Haushalt einzustellen.“**
 - 3. *Die Stadtverwaltung wird ermächtigt, Verhandlungen mit den Begünstigten über eine angemessene Kostenbeteiligung zu führen.***
-

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 7.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Umbesetzung eines Vertreters
in der Regionalen Planungsgemeinschaft
Vorlage: IV/2006/06051**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, erläuterte, dass bei den TOP 7.1 – 7.3 eine geheime Wahl vorgeschrieben ist, aber, wenn niemand widerspricht, auch offen abgestimmt werden kann.

Herr Misch, Fraktion der CDU, widersprach einer offenen Abstimmung.

Herr Bartl informierte, dass einer öffentlichen Wahl widersprochen wurde und dass die nachfolgenden TOP 7.1, 7.2 und 7.3 in geheimer Wahl abgestimmt werden.

Es erfolgte die Ausgabe der Stimmzettel nach Aufruf in alphabetischer Reihenfolge und die Wahlhandlung für die TOP 7.1, 7.2 und 7.3.

(Die Wahlergebnisse wurden nach der Behandlung von TOP 9 – mündliche Anfragen – bekannt gegeben.)

Abstimmungsergebnis zu TOP 7.1, 7.2 und 7.3: siehe Seite 66-67 des Protokolls.

**zu 7.4 Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + Graue + WG Volkssolidarität
- zur Umbesetzung eines Mitglieds der Fraktionsgemeinschaft im
Hauptausschuss
Vorlage: IV/2006/06061**

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Herr Friedemann Scholze scheidet aus dem Hauptausschuss aus.

Der Stadtrat entsendet Herrn Stadtrat Dr. Hans-Dieter Wöllenweber in den Hauptausschuss.

**zu 7.5 Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + Graue + WG Volkssolidarität
- zur Umbesetzung eines Mitglieds im Ausschuss für
Planungsangelegenheiten
Vorlage: IV/2006/06063**

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Herr Friedemann Scholze scheidet aus dem Ausschuss für Planungsangelegenheiten aus.

Der Stadtrat entsendet Herrn Stadtrat Andreas Hajek in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

zu 7.6 Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS - zu Umweltqualitätszielen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/06054

Herr Weiland, Fraktion WIR FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Herr Dr. Köck, Fraktion Die Linkspartei. PDS, verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag weiterhin in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, Umweltqualitätsziele für die Stadt Halle (Saale) bis zum 1. Juni 2007 zu erarbeiten, die vom Stadtrat dann verbindlich beschlossen werden.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger und der Fraktion Die Linkspartei. PDS in den

- Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten**
- Ausschuss für Planungsangelegenheiten**
- Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung**

v e r w i e s e n .

**zu 7.7 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Veränderung des Liniennetzes
der HAVAG - Buslinie 24
Vorlage: IV/2006/06066**

Herr Zeidler, Fraktion der SPD, sagte, dass seine Fraktion der Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag nur bedingt folgen kann. Er betonte, dass sich ausdrücklich zu dem Auftrag an die HAVAG, finanzielle Mittel einzusparen, bekannt wird. Richtig sei, dass die Linienführung der Buslinie 24 entsprechend der Bevölkerungsentwicklung angepasst wird. Falsch jedoch ist, dass die Karlsruher Allee mit den beiden Haltestellen gar nicht mehr bedient wird. Er verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, auf die HAVAG einzuwirken, die Buslinie 24 in den Zeiten weiterhin auf ihrem bisherigen Linienvverlauf verkehren zu lassen, in denen diese Linie bislang besonders intensiv genutzt wurde.

**Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion der SPD in den
- Ausschuss für Planungsangelegenheiten**

verwiesen.

zu 8 Anfragen von Stadträten

zu 8.1 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Videoüberwachung öffentlicher Plätze Vorlage: IV/2006/06008

Wir fragen die Stadtverwaltung:

- 1. An welchen öffentlichen Plätzen ist momentan eine Videoüberwachung installiert? Welche nachweislich positiven Effekte sind dadurch erzielt worden?**
- 2. Ist bei den derzeit installierten Videoüberwachungen eine zeitliche Befristung vorgesehen? Wenn ja, wo und wie lange?**
- 3. Sind weitere Installationen vorgesehen? Wenn ja, wann, wo und wie lange?**
- 4. Welche Kosten sind der Stadt Halle (Saale) bisher durch die Installation und durch den Betrieb entstanden bzw. müssen weiterhin eingeplant werden?**

gez. Gottfried Koehn
Fraktionsvorsitzender

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Nach Auskunft der Polizeidirektion Halle findet die Videobeobachtung derzeit im Bereich des Marktplatzes und im Bereich „Am Treff“ im Stadtteil Halle-Neustadt statt. Weiterhin wurde bis zum Monat August eine Videobeobachtung am Stadtgottesacker durchgeführt. Eine weitere Videobeobachtung findet seit August im Bereich „Steg“ statt.

zu 2.

Wie die Polizeidirektion Halle mitteilte, haben die Videobeobachtungen in den Bereichen Marktplatz, „Am Treff“ und am Stadtgottesacker zu einem Rückgang der in diesen Bereichen angefallenen Straftaten geführt. Dies trifft in besonderem Maße auf den Marktplatz zu. Die Erforderlichkeit jeder Videobeobachtungsmaßnahme ist turnusmäßig zu überprüfen. Dabei ist insbesondere das Vorliegen der Voraussetzungen des § 16 SOG LSA zu prüfen. Diese Überprüfungen haben mindestens einmal im Halbjahr zu erfolgen. Die Polizeidirektion ist gegenüber dem Ministerium des Innern zu den Maßnahmen der Videobeobachtung halbjährlich berichtspflichtig.

Nach gegenwärtigem Erkenntnisstand ist davon auszugehen, dass die Videobeobachtung auf dem Marktplatz längerfristig und die übrigen Videobeobachtungen kurz- bis mittelfristig angelegt sind.

zu 3.

Gemäß Aussagen der Polizeidirektion sind derzeit keine weiteren Installationen vorgesehen. Die Installation weiterer Videobeobachtungen richtet sich nach der Entwicklung der polizeilichen Lage.

zu 4.

Nach Kenntnisstand der Polizeidirektion waren die durch die Polizei durchgeführten Videobeobachtungen für die Stadt kostenneutral.

Die Kosten für die Stadt Halle beschränken sich auf die Anschaffung, Wartung und Aufstellung der Hinweisschilder. Ein Hinweisschild kostet je nach Ausführung ca. 40 - 60 Euro. Die Installation erfolgt durch die Fachbereiche 66 und 67 über eine Fremdfirma bzw. den Bauhof. Zurzeit sind acht Schilder im Einsatz. Unabhängig von der Arbeitszeit können noch zusätzliche Materialkosten entstehen, da die Hinweisschilder je nach den Gegebenheiten vor Ort befestigt werden müssen (z.B. Laternenmast, Hauswand, Mast setzen). Eine weitere Anschaffung erfolgt nach Bedarf.

Die Deutsche Bahn AG informiert wie folgt:

Die Deutsche Bahn AG setzt Videoüberwachungsanlagen zur Überwachung ihrer eigenen Betriebsanlagen ein. Eine Überwachung von öffentlichen (städtischen) Plätzen ist nicht möglich und auch nicht gewollt. Der Einsatz der Technik ist somit allein auf den Verantwortungsbereich der Deutsche Bahn AG beschränkt.

Eberhard Doege
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.2 Anfrage der Stadträtin Elke Schwabe - WIR. FÜR HALLE. - zum Stand der Umsetzung des Bildungsprogrammes "Bildung Elementar" in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/05996

In einer Vereinbarung zur Umsetzung des in Sachsen-Anhalt gesetzlich verankerten Bildungsauftrages für Kindertageseinrichtungen wurde am 21.09.2004 durch Vertreter der Liga der Freien Wohlfahrtspflege, des Landkreistages, des Städte- und Gemeindebundes, der Evangelischen Kirchen und der Katholischen Kirche die Verbindlichkeit des Bildungsprogramms „Bildung elementar“ für alle Kindertageseinrichtungen des Landes festgelegt. Das Bildungsprogramm selbst soll einen fachlichen Orientierungsrahmen für die konzeptionelle Arbeit und eine Richtschnur für die Selbstevaluation in den Einrichtungen darstellen. Festgestellt wurde in diesem Zusammenhang, dass die Qualifizierung von Leiterinnen und Leitern von Kindertageseinrichtungen und gemeinsame Fortbildungsmaßnahmen für Lehrerinnen und Lehrer von Grundschulen und Erzieherinnen und Erzieher von Kindertageseinrichtungen unabdingbar sind.

Ich frage:

- 1. Wie viele Fortbildungsveranstaltungen zum Bildungsprogramm haben die Erzieherinnen und Erzieher in der Stadt Halle (Saale) seit 2004 bis jetzt besucht?**
- 2. Wie viele Erzieherinnen und Erzieher haben insgesamt daran teilgenommen? Wie viele Erzieherinnen haben noch keine Fortbildung zum Bildungsprogramm besucht?**
- 3. Wie viele Leiterinnen und Leiter von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) haben an analogen Qualifizierungsmaßnahmen teilgenommen?**
- 4. Wie viele Einrichtungen verfügen über eine pädagogische Konzeption i. S. v. § 5 Abs. 3 KiFöG und wie werden diese Konzeptionen veröffentlicht?**
- 5. Welcher Anteil an der Arbeitszeit steht den Erzieherinnen und Erzieher für die Teilnahme an den Fortbildungsveranstaltungen sowie für die Vor- und Nachbereitung zur Verfügung?**
- 6. Wird in der Zeit der Inanspruchnahme von Fortbildungsveranstaltungen Ersatzpersonal zur Betreuung der Kinder unter der Maßgabe der Einhaltung des Betreuungsschlüssels zur Verfügung gestellt? Wenn ja, in welchem Umfang? Wenn nein, aus welchen Gründen nicht?**
- 7. Welche finanziellen Mittel stehen in der Stadt Halle (Saale) insgesamt für die Fortbildung von Erzieherinnen und Erzieher zur Verfügung?**

gez. Elke Schwabe
Stadträtin WIR. FÜR HALLE.

Antwort der Verwaltung:

Zur Beantwortung der Anfrage wurden alle 34 freien Träger von Kindertageseinrichtungen und der Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen angeschrieben. Die Auswertung der Rückmeldung der einzelnen Träger erfolgt tabellarisch in der Anlage.

Von den freien Trägern erfolgte von 24 Trägern eine entsprechende Rückmeldung, 10 freie Träger haben keine Rückantwort gegeben.

zu 1:

Durch die freien Träger und den Eigenbetrieb werden gemäß der „**Vereinbarung zur Umsetzung des Bildungsauftrags und des Bildungsprogramms für Kindertageseinrichtungen**“ vom 21.09.2004 entsprechende Fortbildungsveranstaltungen angeboten bzw. durchgeführt.

Durch die Erzieherinnen und Erzieher des Eigenbetriebes wurden im Zeitraum September 2004 bis dato insgesamt **1.581 Fortbildungen in 8 Themenfeldern** besucht.

Diese Themengebiete stellen sich im Einzelnen folgendermaßen dar:

- Professionalität der Erzieherin
- Bild vom Kind
- Lernen lernen, Bildungsverständnis
- Beobachtung
- Projektarbeit, ganzheitlich und kindzentriert
- Weltwissen
- Sprachförderung und -entwicklung
- Ohne Eltern geht es nicht

Die Beantwortung dieser Frage durch die freien Träger lässt sich so leider nicht zusammenfassen, da diese von den Trägern verschieden beantwortet wurde. Einige Träger haben hier die Zahl der Veranstaltungen zu bestimmten Themengebieten angegeben andere wie der Eigenbetrieb alle tatsächlich besuchten Fortbildungen. Es lässt sich jedoch feststellen das die Durchführung von **Fortbildungsmaßnahmen in einem ähnlichen Umfang wie beim Eigenbetrieb** erfolgt.

zu 2:

Beim Eigenbetrieb haben **alle 516 Erzieherinnen und Erzieher** an entsprechenden Fortbildungen teilgenommen, jedoch nicht alle in allen Themen des Bildungsführerscheines

Bei den freien Trägern sind es entsprechend der Rückmeldungen **521 Erzieherinnen und Erzieher** die an Fortbildungen teilgenommen haben und 34, in der Regel Neueinstellungen, die noch keine Fortbildung besucht haben, so das hier eine **Fortbildungsquote von immerhin 94 %** erreicht wird.

zu 3:

Beim Eigenbetrieb haben alle 45 Leiterinnen und Leiter an entsprechenden Fortbildungen teilgenommen.

Bei den freien Trägern sind es entsprechend der Rückmeldungen 52 Leiterinnen und Leiter die an Fortbildungen teilgenommen haben.

zu 4:

Der Eigenbetrieb und die freien Träger haben, entsprechend der Rückmeldung, gemäß § 5 (3) KiFöG für alle ihrer jeweiligen Einrichtungen Konzepte, die den Eltern, Mitarbeitern etc. frei zugänglich sind und bei Informationsveranstaltungen ausgegeben und erläutert werden.

zu 5:

§ 21 (5) KiFöG regelt, dass jede pädagogische Fach- und Hilfskraft die Pflicht hat, sich ständig fortzubilden. Wobei hier der Träger dem Personal Fortbildungen ermöglichen soll.

Im Eigenbetrieb erfolgt generell für genehmigte Fortbildungen eine Freistellung der Erzieherinnen und Erzieher.

Nach Mitteilung der freien Träger werden den Erzieherinnen und Erziehern Fortbildungsveranstaltungen auch in Form von Inhouse-Seminaren angeboten, bzw. wird dem Personal die Freistellung für Fortbildungsveranstaltungen gewährt.

Alle Träger, also sowohl der Eigenbetrieb wie die freien Träger, setzen verstärkt auf die Eigenverantwortung ihrer Mitarbeiter, so dass Fortbildungen außerhalb der Öffnungszeiten der Tageseinrichtungen, z. B. an Samstagen, angeboten und auch genutzt werden.

Die Gewährung von Freistellungen erfolgt individuell je Träger – so gibt es Träger, die Fortbildungen als Arbeitszeit anerkennen oder entsprechend Bildungsurlaub bewilligen (was zwischen 2 und 10 Tagen pro Jahr und Mitarbeiter bei den verschiedenen Trägern variiert) oder aber es werden Stundenkonten geführt.

Eine Vor- und Nachbereitungszeit sieht das KiFöG nicht vor – so dass dies durch den Eigenbetrieb und die freien Träger und ihre Mitarbeiter im Rahmen des gesetzlich festgelegten Betreuungsschlüssels gemäß § 21 (2) KiFöG realisiert wird

zu 6:

Durch die Rückmeldungen der freien Träger und des Eigenbetriebes wird deutlich, dass für die Zeit der Inanspruchnahme von Fortbildungsveranstaltungen kein Ersatzpersonal zur Betreuung der Kinder zur Verfügung gestellt wird.

Beim Eigenbetrieb wird hier mit Stundenkonten gearbeitet, darüber hinaus entspricht die angemeldete Anzahl an Kindern nicht durchgängig den tatsächlich anwesenden Kindern, die daraus resultierenden Überhänge werden zur Dienstplangestaltung genutzt.

Der § 21 (2) regelt für Tageseinrichtungen oder Außenstellen einen Mindestpersonalschlüssel. Dieser macht deutlich (Planungsaspekt), wie viel Personal insgesamt zur Betreuung in der Einrichtung vorgehalten werden muss. Es wird also nicht verlangt, dass jeweils diese Zahl an pädagogischen Fachkräften aktuell verfügbar ist.

Werden pädagogische Fachkräfte krank oder befinden sie sich zu einer nach § 21 (5) vorgeschriebenen Fortbildung, kann es an einzelnen Tagen auch zu tatsächlich anderen Zahlen kommen. So dass festzustellen ist, dass eine Regelung zum Einsatz von Ersatzpersonal im KiFöG nicht vorgesehen ist.

zu 7:

Auf der Grundlage der Finanzierung der freien Träger im Rahmen des KiFöG, anhand des geltenden Sachkostenkataloges der Stadt Halle (Saale), stehen folgende finanzielle Mittel für die Aus- und Fortbildung zur Verfügung:

Je Erzieherin und Erzieher in einer Kindertageseinrichtung stehen für Aus- und Fortbildung ein jährlicher Betrag in Höhe von 30 EUR zur Verfügung. Für die freien Träger insgesamt sind das ca. 20.000 EUR.

Für den Eigenbetrieb der Stadt Halle (Saale) stehen finanzielle Mittel für Aus- und Fortbildung in gleicher Höhe wie einem freien Träger zur Verfügung, insgesamt ca. 17.000 EUR.

Szabados
Bürgermeisterin

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.3 Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- zu Park+Ride bzw. Bike+Ride-Anlagen in Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/05998**

An zahlreichen Zugangsstellen des ÖPNV in der Stadt Halle (Saale) besteht die Möglichkeit an sog. Park+Ride bzw. Bike+Ride Einrichtungen den PKW oder das Fahrrad abzustellen und auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen, weitere Anlagen sind vorgesehen. Im aktuellen Entwurf des Haushaltes 2006 der Stadt Halle (Saale) werden Haushaltsmittel für den Erwerb von Grundstücken und Planungsleistungen bezüglich einer P & R-Anlage in Halle-Nietleben vorgeschlagen. Im Entwurf des Nahverkehrsplanes ab 2006 ist am Bahnhof Nietleben demgegenüber lediglich die Einrichtung eine B & R – Anlage für den Fall einer erfolgten Durchbindung der S-Bahn nach Leipzig enthalten.

Ich frage die Stadtverwaltung:

- 1. Welche Erkenntnis hat die Stadtverwaltung zur tatsächlichen Nutzung der in Halle (Saale) vorhandenen P & R und B & R-Anlagen? (Anlagen bitte einzeln auflisten!)**
- 2. Welche Folgen ergeben sich aus Sicht der Verwaltung infolge der Bauverzögerungen am Leipziger City-Tunnels für das Projekt P & R Nietleben, wenn sich eine Realisierung einer durchgängigen S-Bahn-Verbindung von Markkleeberg nach Halle-Neustadt mindestens bis zum Jahr 2011 verschiebt?**
- 3. Wann wird das beabsichtigte Vorhaben am Bahnhof Nietleben im Ausschuss für Planungsangelegenheiten beraten?**

gez. Dietmar Wehrich
Stadtrat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antwort der Verwaltung:

Zu 1.

Park+ Ride-Platz/Lage	Nutzung in Pkw
Köthener Straße, Endstelle Trotha	80
Dölauer Straße, Endstelle Kröllwitz	15-30
Hubertusplatz, Endstelle Heide	20
Halle Saale-Schleife	20
Göttinger Bogen	2-4
Haltepunkt – S-Bahn Halle-Messe	20-30

Bike+ Ride-Anlagen/Lage	Anzahl der Fahrräder
An der Feuerwache	0
Zentrum Neustadt	0
Schwimmhalle S-Bf. Neustadt	0
An der Eselsmühle	0
Göttinger Bogen	0
Rennbahnkreuz	6
Heide	0
Kröllwitz	1

Trotha	7
Frohe Zukunft	2
Hauptbahnhof	200 (+ 59 ungeordnet)
Beesen	0
S-Bahnhof Zscherbener Straße	3
S-Bahnhof Südstadt	0
S-Bahnhof Silberhöhe	2
S-Bahnhof Rosengarten	0
S-Bahnhof Steintorbrücke	0
S-Bahnhof Dessauer Brücke	0
S-Bahnhof Zoo	0
S-Bahnhof Wohnstand Nord	0
S-Bahnhof Trotha	4
S-Bahnhof Halle Messe	3

Bei den aufgeführten Zahlen handelt es sich um Zählungen im September in der Zeit von 08:00-14:00 Uhr. Die Gründe für die geringe Annahme der Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sind die unzureichende soziale Kontrolle und die Möglichkeit, im MDV die Fahrräder kostenfrei in Straßenbahnen und S-Bahnen mitzuführen.

Zu 2.

Der derzeitige gebrochene S-Bahn-Betrieb im Hauptbahnhof Halle (Saale) ist nach Aussagen der DBAG begründet in der derzeitigen Sicherungstechnik im Bereich des Hauptbahnhofes. Erst mit Fertigstellung des Elektronischen Stellwerkes im Hauptbahnhof Halle (Saale) (vorgesehen im Jahr 2012) ist ein durchgehender S-Bahn-Betrieb zwischen Leipzig und Halle-Nietleben über den Hauptbahnhof Halle (Saale) möglich. Die Verschiebung des Fertigstellungstermins für den City-Tunnel Leipzig hat darauf keinen Einfluss.

Zu 3.

Gegenwärtig prüft die Stadtverwaltung die Notwendigkeit und die Finanzierbarkeit dieses Vorhabens. Außerdem werden Alternativstandorte in die Überlegungen einbezogen. Wenn die Ergebnisse vorliegen, wird der Planungsausschuss informiert.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.4 Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- zu Rechtsextremismus in Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/06000**

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind gesamtgesellschaftliche Probleme, die auch vor den Kommunen Sachsen-Anhalts nicht halt machen. Laut Landesverfassungsschutzbericht 2005 hat die Anzahl der rechtsextremen Straf- und Gewalttaten in Sachsen-Anhalt im vergangenen Jahr deutlich zugenommen. Unser Bundesland führt die deutschlandweite Statistik der rechtsextremen Gewalttaten mit 4,3 Taten pro 100 000 Einwohner an. Die Anzahl der Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund erhöhte sich von 741 (2004) auf 1 100 (2005). Rechte Gewalttaten nahmen von 73 (2004) auf 116 (2005) zu. Zahlen der Mobilen Opferberatung gehen von einem noch deutlicheren Anstieg aus. Immer wieder kommt es zu ausländischerfeindlichen Überfällen. Zur Bekämpfung rechtsextremer und fremdenfeindlicher Tendenzen ist es jedoch notwendig, die Situation in der Stadt genau zu kennen, um dann zielgerichtet über Gegenmaßnahmen diskutieren zu können.

Ich frage:

- 1. Welche Erkenntnisse über Aktivitäten rechtsextremer Gruppen in Halle liegen vor?**
- 2. Welche Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund wurden in Halle in den letzten Jahren (2003-2005) verübt?**
- 3. Wie schätzt die Verwaltung die Situation der rechtsextremen Szene in der Stadt Halle ein?**
- 4. Welche Maßnahmen hat die Verwaltung in den vergangenen Jahren ergriffen, um rechtsextreme Bestrebungen zurückzudrängen?**
- 5. Mit welchen freien Trägern arbeitet die Verwaltung in diesem Bereich zusammen?**

gez. Dietmar Wehrich
Stadtrat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antwort der Verwaltung:

Bezüglich der Anfrage des Herrn Wehrich zur Situation mit Rechtsextremismus in Halle (Saale) werden die Fragen 1 und 2 durch die Polizeidirektion Halle und die Fragen 3 - 5 durch den FB 51 (aus Sicht des Arbeitsfeldes Streetwork) wie folgt beantwortet:

zu 1:

Die Beantwortung erfolgt durch die Polizeidirektion Halle.

„Die vorliegenden Erkenntnisse sind im in der Anfrage zitierten Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt für das Jahr 2005 dokumentiert. Das Kapitel Rechtsextremismus ist auf den Seiten 5 – 47 umfassend dargestellt. Der genannte Verfassungsschutzbericht ist öffentlich zugänglich. Zu Aktivitäten in der Stadt Halle wird insbesondere ausgeführt:

„In Halle existiert ein facettenreiches rechtsextremistisches Personenpotential, das etwa 80 Personen umfasst und unter wechselnden Gruppenbezeichnungen wie „Freie Nationalisten“, „Freie Kräfte“, „Kameradschaft Halle“ oder „Nationale Sozialisten Halle/Saale) auch in der Öffentlichkeit agiert. Die „Freien Nationalisten“ aus Halle verfügen über gute Kontakte zu Personen in Merseburg sowie zur Skinheadszene im Raum Delitzsch/Schkeuditz (Sachsen).

Zu den wesentlichen Aktivitäten der „Freien Nationalisten“ gehörten im Berichtszeitraum Teilnahmen an überregionalen Veranstaltungen, insbesondere in Demonstrationen am 17. Juni in Halle. An der genannten Demonstration in Halle nahmen insgesamt etwa 200 Personen der regionalen rechtsextremistischen Szene aus Sachsen-Anhalt teil, darunter Mitglieder des NPD-Kreisverbandes Magdeburg. Als Redner trat u. a. der Neonazi Axel Reitz auf. Während des Demonstrationzuges durch die Innenstadt von Halle wurden Parolen wie „Europa-Nation-Revolution“ und „Hoch die Nationale Solidarität“ gerufen. Während des Berichtszeitraumes organisierten die „Freien Nationalisten“ aus Halle eine Vortragsveranstaltung und Informationsstände, die sich gegen die Bundestagswahl im September richteten.

Nationaler Beobachter (NB) – Informationsblatt für die Region Halle/Merseburg. Auf der Internetseite des NB wird das Jahr 2005 als ein „weiteres Kampfsjahr“ für den „Nationalen Widerstand“ bezeichnet. Die Stadt Halle wird erneut zur „Frontstadt im Kampf um den einzig wahren Sozialismus, den Nationalen Sozialismus, erklärt. So heißt es... Der NB wird fast ausschließlich im Internet verbreitet. Im Berichtszeitraum wurde lediglich eine gedruckte Fassung bekannt. Am 1. Oktober führten etwa 100 Rechtsextremisten eine Spontandemonstration in der Innenstadt von Halle durch.

„Rudolf – Heß – Gedenkveranstaltungen“ – darüber hinaus wurden durch bekannte Rechtsextremisten in Halle (20. August) Demonstrationen zum Thema Meinungsfreiheit angemeldet. Die geplanten Aufzüge wurden durch die jeweils zuständigen Ordnungsbehörden untersagt.

Die Polizei in Halle verhinderte am Abend des 12. November 2005 eine Spontandemonstration von etwa 130 Personen der rechtsextremistischen Szene aus Sachsen-Anhalt und Thüringen, die sich mit 3 Bussen auf der Rückreise aus Halbe befunden hatten. Nachdem die Busse angehalten worden waren, meldete ein bekannter Rechtsextremist aus Halle eine Versammlung im Stadtgebiet Halle zum Thema „Polizeiliche Willkür“ an, die jedoch untersagt wurde.

Etwa 20 Angehörige der „Freien Nationalisten“ aus Halle führten am 13. November 2005 auf dem Gertraudenfriedhof der Stadt Halle eine Mahnwache durch und legten einen Kranz nieder. In den Abendstunden begab sich der Personenkreis zu einer weiteren Kranzniederlegung auf dem Friedhof von Halle-Diemitz.

Die NPD konnte sich vor allem im Süden Sachsen-Anhalts etablieren. Ihre Mitglieder haben dort mehrere Mandate auf kommunaler Ebene inne.

Der DVU Landesverband in Sachsen-Anhalt ist in einem desolaten Zustand. Nur etwa insgesamt 50 aktive Mitglieder begeben sich zu den regelmäßig stattfindenden politischen Stammtischen in Halle.

Der REP-Landesverband Sachsen-Anhalt umfasst die Kreisverbände und Halle hat etwa 100 Mitglieder. Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten waren nicht zu verzeichnen.

Seit Anfang 2000 wurden verstärkt Aktivitäten einer so genannten „Kommissarischen Reichsregierung des Deutschen Reiches (KRR)“ bekannt.

Der „Exilregierung Deutsches Reich“ können in Sachsen-Anhalt deutlich über 100 Personen zugerechnet werden. Örtliche Schwerpunkte bilden vor allem die Städte, in denen so genannte Pass- und Meldestellen eingerichtet wurden. Dies ist in Sachsen-Anhalt auch die Stadt Halle (Saale).“

zu 2:

Die Beantwortung erfolgt durch die Polizeidirektion Halle.

Die politisch motivierte Kriminalität „Rechts“ und ihre Relation zur Gesamtkriminalität wird in nachfolgenden Tabellen dargestellt:

Politisch motivierte Kriminalität „Rechts“ im Bereich der PD Halle in den Jahren 2003 – 2005

Delikt	PD Halle	davon Stadt Halle	Anteil in %
	2003	2003	2003
Körperverletzung	2	2	0,08%
Branddelikte	2	2	1,25%
Raub	1	1	0,23%
Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	1	1	0,15%
Volksverhetzung	9	7	77,78%
Andere Straftaten	1	1	
Propagandadelikte §§ 86, 86a StGB	43	32	
Gesamt	59	46	0,13%

Delikt	PD Halle	davon Stadt Halle	Anteil in %
	2004	2004	2004
Körperverletzung	1	1	0,04%
Branddelikte	2	2	1,53%
Raub	1	1	0,18%
Volksverhetzung	13	12	80,00%
Andere Straftaten	5	4	
Propagandadelikte §§ 86, 86a StGB	56	48	
Gesamt	78	68	0,19%

Delikt	PD Halle	davon Stadt Halle	Anteil in %
	2005	2005	2005
Körperverletzung	9	9	0,34%
Raub	2	2	0,37%
Volksverhetzung	33	28	121,74%
Andere Straftaten	1	1	
Propagandadelikte §§ 86, 86a StGB	86	75	
Gesamt	131	115	0,34%

Der Anteil in Prozent bezieht sich auf das Verhältnis der Delikte in der Stadt Halle zu den Straftaten gesamt PD Halle.

zu 3 :

Hinsichtlich der kommunalen Besonderheit rechtsextremer bzw. rechtsorientierter Ausprägungen innerhalb der Jugendkultur zählt Halle (Saale) aus Sicht der Verwaltung im Vergleich zu anderen Städten als verhältnismäßig „ruhiges Pflaster“, was nicht heißt, dass es in Halle (Saale) keine Probleme mit rechtem Gedankengut und latentem Alltagsrassismus bzw. keine Aktivitäten einer rechten Szene gibt.

In Sachsen-Anhalt liegen die Schwerpunkte wohl eher im Harz bzw. in Magdeburg, jedoch gibt es ebenso in Halle (Saale) sowohl junge als auch erwachsene Personen, welche mit rechtem Gedankengut kokettieren, die sich dieser Gesinnung anschließen und auch Aktionen planen bzw. durchführen. (siehe Frage 1)

Seit geraumer Zeit kristallisierte sich Heide-Nord als Schwerpunkt hinsichtlich auffälliger Aktivitäten von Jugendlichen mit rechtsorientiertem Hintergrund heraus, was auch durch den Staatsschutz beobachtet wird. Hierbei handelt es sich um eine Gruppe von Jugendlichen im Alter zwischen 19 und 25 Jahre, welche sich dem Namen „Die Bewegung“ zuordnet. Die Gruppe gehört durchaus zum harten Kern der Szene und ist zum Großteil auch politisch organisiert (NPD u. ä.). Es werden u. a. Aktionen wie Plakatierungen an öffentlichen Einrichtungen geplant und durchgezogen sowie fremde oder feindliche Gruppierungen attackiert. Dabei schrecken sie vor körperlicher Gewalt gegen andere aber auch gegen Gleichgesinnte nicht zurück.

In den anderen Stadtteilen steht diese Problematik nicht so sehr im Vordergrund, was aus Sicht der Verwaltung auch daran liegt, dass sich ältere Jugendliche aus der aktiven Szene zurückgezogen haben sowie keine Führungspersönlichkeit zur Zeit erfolgreich aktiv präsent ist.

Zu 4:

Die Stadt Halle (Saale) hat sich seit der Wende stets explizit für eine bunte Jugendkultur ausgesprochen. Die Verwaltung unterstützt und fördert dementsprechend Projekte, Initiativen und Vereine, welche sich gegen rechte Tendenzen zur Wehr setzen.

Gerade der kritischen Unterstützung und Begleitung von alternativen Kulturen und Räumen durch die Stadtverwaltung (u. a. VL - Ludwigstraße, Reilstraße 78, Reilstraße 122) ist es zu

verdanken, dass die Problematik des Rechtsextremismus sich nicht derart ausbreiten konnte, wie es seitens der Rechtsextremisten erhofft wird.

Im Bereich der Jugendhilfe spielt die Prävention eine signifikante Rolle. So unterstützt die Verwaltung Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit nach §§ 11, 13 SGB VIII und hält selbst das Angebot von aufsuchender Straßensozialarbeit vor.

Die städtischen Streetworker arbeiten zwar nicht explizit mit rechtsorientierten Jugendlichen als gesondertes Projekt. Jedoch gehört die Arbeit mit diesen jungen Menschen im Rahmen der alltäglichen Cliquen- und Einzelfallarbeit dazu. Ziel ist es dabei vor allem, den Jugendlichen alternative Ausdrucksformen zu zeigen, ihnen anti-rassistische Jugendkulturen näher zu bringen und friedliche Ausdrucksmittel für bestehende Probleme zu finden, um so auch die soziale Anerkennung zu fördern.

Eine Betreuung bzw. Begleitung von rechtsorientierten bzw. rechtsextremen Jugendlichen durch die städtischen Streetworker findet jedoch nur dann statt, wenn es sich nicht um in Parteien oder Kameradschaften organisierte Jugendliche handelt. Die Arbeit mit politisch extremistischen Organisationen (rechts und links) kann umschlagen in die Unterstützung eines Segments der extremen Bewegung, d.h. diese könnten die Streetworker instrumentalisieren. Solche Organisationen nutzen Methoden der Sozialarbeit, um ihre Ziele zu erreichen. Hier ist eindeutig eine Grenze von Streetwork erreicht.

Streetwork setzt die Akzeptanz der jeweiligen Zielgruppe mit ihren Einstellungen und Lebensstilen voraus. Akzeptierende Arbeit ist primär Beziehungsarbeit, die sich im Prozess wachsender Vertrautheit und gegenseitiger Akzeptanz im Umgang miteinander entfaltet. Kern dieser Beziehungsarbeit sind dann vor allem intensive, situativ entstehende Einzelgespräche. Für die Praxis bedeutet dies zunächst präsent zu sein, zuzuhören und zu verstehen.

Mit der Einführung von Bundes- und EU-Programmen wie Entimon, Xenos und Civitas konzentrierte sich das Engagement bundesweit eher auf zivilgesellschaftliche Prozesse innerhalb der Bevölkerung. So entstanden auch verschiedene Projekte in Halle, auch wenn die Nachhaltigkeit hierbei nicht immer gesichert ist. Sie haben auf jeden Fall die politische Alltags-Kultur mit verändert und im demokratischen Sinne bereichert.

Ein über Xenos gefördertes Kooperationsprojekt (Projekt „NeuStart“) zwischen Villa Jühling e. V. und dem FB Kinder, Jugend und Familie ist nach 3 Jahren Laufzeit im September 2005 beendet worden und hat wie zahlreiche andere Projekte dazu beigetragen, eine Veränderung der politischen Kultur und des demokratischen Selbstverständnisses stattfinden zu lassen.

zu 5 :

In Halle (Saale) gibt es zahlreiche Projekte, Initiativen und Einzelpersonen, welche sich der Problematik des Rechtsextremismus verschrieben haben und eine qualitativ hochwertige Präventions- bzw. Interventionsarbeit leisten. Sie werden dabei von der Verwaltung nicht nur unterstützt. Die Verwaltung arbeitet auch auf verschiedenen Ebenen mit diesen Projekten bzw. Initiativen zusammen.

Zu nennen sind hier u. a. Friedenskreis, Freiwilligen-Agentur, Deutsche Angestellten Akademie, Jugendwerkstatt Bauhof, Radio Corax, Villa Jühling, Miteinander und viele andere. Die „Mobile Beratung für Opfer von rechtsextremer Gewalt“ in Trägerschaft von Miteinander e.V. kann dabei als ein sehr signifikantes Projekt angesehen werden, welches den Schwerpunkt eindeutig auf die Opferarbeit legt. Die Opferarbeit rückte in den 90er Jahren eher in den Hintergrund, als vorwiegend Projekte unterstützt und aufgebaut wurden, welche mit rechtsextremen Jugendlichen arbeiten wollten bzw. mussten.

Jedoch beobachtet die Verwaltung auch, dass es bei weitem noch nicht ausreicht. Oftmals sind es das Unwissen und ein latenter Alltagsrassismus gerade bei den Erwachsenen, welche den Umgang mit rechtsorientierten Menschen erschweren. Hier bedarf es weiterer Aufklärung insbesondere durch Multiplikatorenschulungen, bei denen jedoch mehr diejenigen erreicht werden müssen, die noch ungenügend Wissen vorweisen können. Oftmals erscheinen bei solchen Veranstaltungen vorwiegend die Personen, die ohnehin schon ein umfangreiches Wissen über die rechte Kultur besitzen. Doch es gibt zahlreiche LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, Eltern, PolitikerInnen u.a., die mit fundiertem Wissen wesentlich sicherer im Umgang mit rechtem Gedankengut wären. Spezielle Beratungsangebote gibt es leider eher zu wenig. Beispielhaft zu erwähnen sind die Mobilen Beratungsteams aus anderen Bundesländern, welche es auch in Sachsen-Anhalt verstärkt geben müsste.

Eberhard Doege
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.5 Anfrage der Stadträtin Dr. Gesine Haerting - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zum Stand der Erarbeitung angekündigter Erhaltungssatzungen
Vorlage: IV/2006/06055**

Auf die Empfehlung der Stadtverwaltung hin lehnte der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) am 14.12.2005 einen Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger zur Erweiterung der Vorgartensatzung im Paulusviertel (Vorlagen-Nummer IV/2005/05221) mehrheitlich ab.

Argument der Stadtverwaltung war, eine Erweiterung sei deshalb unnötig, weil geplant sei, flächendeckend als Ersatz für die bisherige Vorgartensatzung und die vorgeschlagene Erweiterung ein System von Erhaltungssatzungen dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

Nachdem die Vorlage dieser Erhaltungssatzungen mehrfach verschoben wurde und zuletzt für etwa Ende Mai 2006 angekündigt war, frage ich die Stadtverwaltung:

Wann wird das in der Stadtratssitzung am 29.03.2006 angekündigte System von Erhaltungssatzungen vorgelegt?

gez. Dr. Gesine Haerting
Stadträtin BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antwort der Verwaltung:

Inzwischen gilt die neue Bauordnung. Die bisherigen Vorgartensatzungen haben weitere fünf Jahre Bestand, so dass für die Erhaltungssatzungen ausreichend Bearbeitungszeit besteht. Der Arbeitsaufwand ist größer als seinerzeit vermutet. Durch die unterschiedliche Rechtssystematik wurden die formalen Anforderungen an die Satzung nochmals überprüft und ausgearbeitet.

Die Satzungen sollen, aufgrund des inhaltlich ähnlich gelagerten Sachverhalts, in einem „Paket“ in den Stadtrat zum Beschluss gebracht werden.

Es ist vorgesehen, die betroffenen Satzungen Ende des Jahres fertig zu stellen, um sie dann mit dem Beteiligungsverfahren bis zum zweiten Quartal 2007 dem Stadtrat zur Entscheidung vorlegen zu können.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.6 Anfrage der Stadträtin Andrea Machleid - NPD - zu Asylbewerbern
Vorlage: IV/2006/06041**

- 1. Wieviel Asylbewerber gibt es derzeit in Halle und aus welchen Ländern sind diese?**

- 2. In welcher Höhe belaufen sich die Gesamtkosten für die Asylbewerber?**

(Bitte aufschlüsseln in Kosten für Unterkunft, Verpflegung, Krankenkosten und sonstige Posten)

gez. Andrea Machleid
Stadträtin NPD

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt in der Sitzung des Stadtrates am 22.11.2006.

**zu 8.7 Anfrage der Stadträtin Andrea Machleid - NPD - zu nicht
erstattungsfähigen Kosten bei geduldeten Ausländern
Vorlage: IV/2006/06042**

- 1. Wieviel nicht erstattungsfähige, geduldete Ausländer gibt es derzeit in Halle und aus welchen Ländern sind diese?**

- 2. In welcher Höhe belaufen sich die Gesamtkosten für die so genannten nicht erstattungsfähigen, geduldeten Ausländer?**

(Bitte aufschlüsseln in Kosten für Unterkunft, Verpflegung, Krankenkosten und sonstige Posten)

gez. Andrea Machleid
Stadträtin NPD

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt in der Sitzung des Stadtrates am 22.11.2006.

**zu 8.8 Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif - Die Linkspartei. PDS-Fraktion - über die jetzige Situation der Ausländerbehörde Halle und die Betreuung von Migranten in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/06052**

Im Jahre 2005 ist die Ausländerbehörde umgezogen und die Anzahl der Mitarbeiter der Behörde wurde erweitert.

Ich frage die Stadtverwaltung:

1. **Wie sind die jetzigen Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter nach dem Umzug?**
2. **Wie ist die Anzahl der Leitung und der Mitarbeiter insgesamt und aufgeschlüsselt nach Bereichen (Ausländerwesen, Asylwesen etc.)?**
3. **Wie viele neue Mitarbeiter hat die Ausländerbehörde im Jahr 2005/06 bekommen und wann?**
4. **Wie lang ist die Bearbeitungszeit pro Antrag im Durchschnitt? Gab es eine Verbesserung im Jahr 2005/06 gegenüber 2004?**
5. **Wie lang sind die Wartezeiten für die Besucher in der Ausländerbehörde?**
6. **Wie hoch ist die Anzahl der Besucher pro Monat im Durchschnitt?**
7. **Gibt es genügend Warteräume und Sitzplätze für die Besucher?**
8. **Wie werden neue Informationen betreffs Zuwanderungsgesetz, Aufenthalt etc. den Migranten vermittelt?**
9. **Gibt es eine Zusammenarbeit mit den zuständigen Beratungsstellen in Halle, dem Ausländerbeirat und dem Ausländerbeauftragten der Universität Halle-Wittenberg betreffs Ausländerangelegenheiten?**

gez. Dr. Mohamed Yousif
Stadtrat

Antwort der Verwaltung:

In seiner Sitzung vom 21.09.2006 hat der Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten festgelegt, dass im Verlaufe des I. Quartals 2007 eine Ausschusssitzung vor Ort im Ressort Ausländerbehörde durchgeführt werden soll. Die Verwaltung wurde beauftragt diesen Termin entsprechend vorzubereiten.

Gegenstand dieser Vor-Ort-Beratung des Ausschusses werden auch die in der Anfrage des Herrn Stadtrates Dr. Yousif genannten Fragen sein.

Auf Nachfrage der Verwaltung erklärte sich Herr Stadtrat Dr. Yousif damit einverstanden, dass er die Beantwortung seiner Anfrage auf die Vor-Ort-Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten verschiebt und auf eine Beantwortung zum Stadtrat im Oktober 2006 daher verzichtet.

Eberhard Doege
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.9 Anfrage des Stadtrates Uwe Heft - Die Linkspartei. PDS-Fraktion - zur Stadtteilentwicklung
Vorlage: IV/2006/06064**

Im Rahmen von Stadtteilkonferenzen werden den Bürgern der Stadt Halle (Saale) Leistungen der Stadt Halle (Saale) zur Entwicklung der Stadtteile versprochen. Für die Bürger nicht nachvollziehbar werden diese Versprechen der Oberbürgermeisterin nicht umgesetzt. So vollzog sich in den letzten Jahren eine negative Entwicklung des Südens der Stadt Halle (Saale) u. a. mit seinen Stadtteilen Ammendorf, Radewell, Osendorf, Burgholz, Planena, Beesen. Diese nicht erwünschte Stadtteilentwicklung war mit erheblichen Einschränkungen der Lebensqualität der Bürger dieser Ortsteile verbunden. So mussten die in den o. g. Ortsteilen lebenden Bürger der Stadt Halle (Saale) u. a. folgende Einschränkungen OHNE plausible Notwendigkeit in Kauf nehmen.

1. Schließung des Freibades Ammendorf
2. anhaltender Schwerlastverkehr im Bereich Heimstättensiedlung
3. Einschränkung der Erschließung der Heimstättensiedlung und des Neubaugebietes Fredesiedlung
4. Verschlechterung der Erschließung durch den ÖPNV

u. a. m.

Dem gegenüber stehen Prestigeobjekte der Stadt Halle (Saale), bei denen Überschreitungen des Kostenrahmens von bis zu 30 % hingenommen werden oder Projekte, deren Sinn und Nachhaltigkeit sich für die Bürger der Stadt Halle (Saale) nicht erschließt. Herausragend sind als Beispiele der Neubau der Berliner Brücke und das sogenannte Sport- und Freizeitzentrum am Hufeisensee (ein Prestigeobjekt für den HFC zu Lasten der Allgemeinheit).

Vor dieser Entwicklung bitte ich um Beantwortung folgender Fragen:

- 1. 2005 versprach die Oberbürgermeisterin den Bürgern im Rahmen der Stadtteilkonferenz eine Verbesserung der Erschließung durch die Instandsetzung der Hohe Straße mittels Dünnschichtbelag. Im Mai 2006 werden die Bürger erst auf massive Nachfrage informiert, dass mangels Haushaltsmittel eine Instandsetzung der Hohe Straße weder 2005 noch in den folgenden Jahren erfolgt. Am 16.08.2006 wird im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale) die Sperrung der Brücke Hohe Straße-Eisenbahnstraße, wegen mangelnder Tragfähigkeit veröffentlicht. Gleichzeitig werden die Bürger damit konfrontiert, zur Erreichbarkeit ihrer Siedlungen die Regensburger Straße (als Linksabbieger!!) bzw. die Eisenbahnstraße (just in dem Moment grundlegende Erneuerung der Schachtstraße zur Erschließung der Siedlungen im Süden der Stadt Halle erforderlich!) zu nutzen.
Wie erklärt sich die Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale) den im Zusammenhang der ausbleibenden Instandsetzung der Hohe Straße und der mangelhaften Tragfähigkeit der v. g. Brücke entstehenden Widerspruch?
Welche Erkenntnisse zur Tragfähigkeit der benannten Brücke hat das zuständige Amt? Weshalb wird den Bürgern die Erreichbarkeit ihrer Siedlungen durch die Stadt Halle zusätzlich durch nicht im Baustellenkalender der Stadt Halle vermerkte Baumaßnahmen erschwert?
Weshalb werden die Bürger nicht auf Initiative der Oberbürgermeisterin von der Nichteinhaltung erfolgter Versprechen informiert? Welche Maßnahmen wird die**

Oberbürgermeisterin kurzfristig veranlassen, um die Erschließung der Heimstätten- und Fredesiedlung für die Bürger zu verbessern?

- 2. Die Schließung des Bades Ammendorf erfolgte nach vorliegenden Kenntnissen auf Grund eines Risses im Becken. Der Aufwand zur Instandsetzung betrug ca. 80.000,00 €. Der Bedarf dieses Freibades steht unstrittig fest! Das als alternative angepriesene Bad Maya Mare ist weder finanziell noch im Sinne der Möglichkeit zu Schwimmen eine Alternative.
Weshalb war es nicht möglich – trotz offenkundigen Willen auch des Stadtrates – diese Instandsetzung durchzuführen (dies vor dem Hintergrund, dass bereits zu diesem Zeitpunkt die erhebliche Kostenüberschreitung des Neubaus der Berliner Brücke um mehrere Millionen € erkennbar war und im Haushalt der Stadt Halle auch relativ problemlos bereitgestellt wurden!)?
In welchem Zustand befindet sich das Bad heute?
Welche Aufwendungen sind notwendig, um den Betrieb des Bades zu ermöglichen?**

- 3. Auf Grund von Bautätigkeiten an der Eisenbahnbrücke Regensburger Straße versuchen viele Schwerlasttransporte einen günstigeren und schnelleren Weg durch die Heimstätten-siedlung zu finden. Durch den Ausbau der Schachtstraße stoßen diese LKW jedoch auf ein schwer zu überwindendes Hindernis. Dies führt zu entsprechenden Suchverkehren mit den negativen Begleiterscheinungen für die Bürger.
Weshalb greift die Stadt Halle im Rahmen ihrer Zuständigkeit nicht ordnend und verkehrslenkend in das Geschehen ein, um die Lebensqualität der Bürger zu wahren? In welchem Umfang sieht sich die Stadt Halle (Saale) zur Wahrung der Lebensqualität der Bürger in der Pflicht zur Daseinsvorsorge?
Welche wirksamen Maßnahmen wird die Oberbürgermeisterin kurzfristig umsetzen, um diesen Schleich- und Suchverkehr zu reduzieren?**

gez. Uwe Heft
Stadtrat

Herr Heft, Fraktion Die Linkspartei. PDS, sagte, dass er für die Verzögerungsgründe der Beantwortung seiner Anfrage kein Verständnis hat. Weshalb muss erst recherchiert werden? Seit langer Zeit wurden diese Probleme auf den Stadtteilkonferenzen benannt. Er erwartet in 14 Tagen eine Antwort.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass die Frage, warum die Bevölkerung die Verschlechterung der Erschließung durch den ÖPNV in Kauf nehmen muss, allgemein gestellt wurde.

Herr Heft (keine Aufnahme, da nicht ins Mikrofon gesprochen)

Frau Oberbürgermeisterin Häußler entgegnete, dass dann nur etwas zur Linie 4 gesagt wird.

Hierzu muss aber mit der HAVAG gesprochen werden. Sie bat darum, in 4 Wochen die Beantwortung zu geben, damit die Antwort ausführlich gegeben werden kann.

Herr Heft erwiderte, wenn nur das Thema ÖPNV herausgenommen werde, dann ist das nicht auf Veranlassung der HAVAG sondern auf Veranlassung des Stadtrates und der Stadt geschehen. Worum es sich hier konkret handelt, ist aus den Protokollen der Stadtteilkonferenzen zu ersehen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt in der Stadtratssitzung am 22.11.2006.

**zu 8.10 Anfrage der Stadträtin Ute Haupt - Die Linkspartei. PDS-Fraktion - zu Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II
Vorlage: IV/2006/06065**

Der Paragraph 22 des SGB II regelt die Angemessenheit der Leistungen für Unterkunft und Heizung für Arbeitssuchende.

Im o. g. Paragraphen heißt es u. a. „Soweit die Aufwendungen für die Unterkunft den der Besonderheit des Einzelfalles angemessenen Umfang übersteigen, sind sie als Bedarf des allein stehenden Hilfebedürftigen oder der Bedarfsgemeinschaft so lange zu berücksichtigen, wie es dem allein stehenden Hilfebedürftigen oder der Bedarfsgemeinschaft nicht möglich oder nicht zuzumuten ist, durch einen Wohnungswechsel, durch Vermieten oder auf andere Weise die Aufwendungen zu senken, in der Regel jedoch längstens für sechs Monate“. Die Stadt Halle (Saale) hat sich an die bundesweiten Richtlinien der Angemessenheit der Wohnungsgröße orientiert. So sind 45 m² für einen 1-Personenhaushalt als angemessen zu betrachten und nach dem Mietspiegel der Stadt Halle (Saale) eine Warmmiete von 6,60 €. Die Realitäten des derzeitigen Wohnungsmarktes in der Stadt Halle (Saale) zeigen auf, dass es zu wenig „kleine“ Wohnungen gibt, um den bestehenden Bedarf nach „angemessenem Wohnraum“ zu erfüllen.

Ich frage deshalb die Stadtverwaltung:

- 1. Wie wird die Stadt Halle (Saale) als Gesellschafter der ARGE strategisch mit dem Problem umgehen, dass allein stehende Hilfebedürftige trotz nachweislichen Bemühungen keinen „angemessenen Wohnraum“ innerhalb der angekündigten 6 Monatsfrist finden?**
- 2. Gibt es – vor allem mit den kommunalen Wohnungsunternehmen – hierzu ggf. alternative Lösungen bzw. Angebote?**
- 3. Sind in jedem Falle mit den betroffenen Hilfebedürftigen Vergleichsberechnungen für Alternativen (Umzugskosten etc.) erstellt wurden?**

gez. Ute Haupt
Stadträtin

Antwort der Verwaltung:

Zu 1.

Die Aufforderung zur Senkung von Unterkunfts-kosten im Sinne des § 22 SGB II erfolgt nur, wenn eine deutlich die Angemessenheitsgrenze übersteigende KdU vorliegt. Die Aufforderung beinhaltet nicht automatisch den Zwang zu einem Umzug, sondern lässt mehrere Alternativen offen, z. B. die Übernahme von Restkosten aus dem Regelsatz. Die Kappung auf die Angemessenheitsgrenze nach sechs Monaten erfolgt nur, wenn keine Bemühungen zur Senkung der Mietkosten nachgewiesen wurden oder wenn der Mieter die Restkosten selbst tragen will. Der Sachverhalt, dass ein Leistungsempfänger trotz

nachgewiesener Bemühungen nicht in der Lage ist, die KdU zu senken, ist in § 22 SGB II dahingehend geregelt, dass in diesen Fällen die tatsächliche Miete weiter zu gewähren ist, ggf. auch über die Sechsmonatsfrist hinaus. Vor diesem Hintergrund drohen im Zusammenspiel zwischen der Umsetzung mit § 22 SGB II und der Situation am Wohnungsmarkt keine Wohnungsverluste in Richtung Obdachlosigkeit.

Zu 2.

Es wird nicht übersehen, dass die demografische Entwicklung und die Regelungen des SGB II zu einem verstärkten Trend zu Ein- und Zweipersonenhaushalten führen, die einen entsprechenden Bedarf an Kleinwohnungen haben. Im Bereich der Ein- und Zweiraumwohnungen ist in der Tat eine gewisse Verknappung zu verzeichnen, die durch den Trend, Wohnungen dieser Größenordnung zu altengerechten Wohnformen umzubauen, verstärkt wird. Dieser Trend erschwert zweifellos die Suche nach kostengünstigen Zweiraumwohnungen, zwingt andererseits aber auch die Vermieter zu einer Anpassung ihrer Angebotsstruktur. Von den öffentlichen Vermietern werden zunehmend Angebote unterbreitet, indem z. B. die Miete für Dreiraumwohnungen auf die Größe von zwei Räumen beschränkt wird und es gibt Planungen, Dreiraumwohnungen durch Abtrennung in Zweiraumwohnungen umzuwandeln. Zudem kann beobachtet werden, dass im privaten Wohnungsbestand durch Mietsenkungen die Erreichbarkeit von Wohnraum für ALG II-Empfänger befördert wird.

Die Stadt Halle unterstützt diese Alternativen durch die Handhabungsweise ihrer KdU-Richtlinie. Diese Richtlinie geht bewusst davon aus, dass bei der Prüfung der Angemessenheit von Kosten der Unterkunft die Gesamtmiete zählt und nicht deren einzelnen Bestandteile (Wohnungsgröße, Nettokaltmiete, Betriebs- und Heizungskosten) ausschlaggebende Beurteilungsfaktoren sind. Durch diese flexible Handhabungsweise können z. B. kostengünstige Angebote unabhängig von der Wohnungsgröße wahrgenommen werden. Außerdem befördert sie teilweise die oben geschilderten Angebote.

Sorge bereitet in diesem Zusammenhang der in den letzten Jahren zu verzeichnende Anstieg der Energiekosten. Der Mietspiegel 2006 weist aus, dass mit den derzeitigen Angemessenheitsgrenzen für Nettokaltmieten der überwiegende Teil des Wohnungsbestandes in allen Größenordnungen auch für SGB II-Leistungsempfänger erreichbar ist. Die tatsächliche Erreichbarkeit wird jedoch durch die erhöhten Wohnungsnebenkosten deutlich eingeschränkt. Der Geschäftsbereich V hat vor diesem Hintergrund an die öffentlichen Vermieter eine Anfrage gerichtet, in der zu zwei Fragestellungen Auskunft erbeten wird:

1. Wie haben sich die Betriebs- und Heizungskosten in ihrem Wohnungsbestand in den letzten drei Jahren entwickelt und von welchen Durchschnittswerten pro Quadratmeter muss derzeit bzw. 2007 ausgegangen werden?
2. Wie groß ist ihr Bestand an Ein- und Zweiraumwohnungen und welche Veränderungen sind auch angesichts der verstärkten Nachfrage für Wohnungen dieser Größenordnung geplant?

Die Auswertung dieser Daten wird zu einer Überprüfung der KdU-Richtlinie hinsichtlich Betriebs- und Heizungskosten führen.

Zu 3.

Bezüglich der Vergleichsberechnungen bei Umzugskosten sieht die KdU-Richtlinie vor, dass Umzüge selbstverständlich nur dann gefordert und bezahlt werden, wenn sich daraus ein wirtschaftlicher Vorteil, nämlich eine tatsächliche Kostensenkung unter Berücksichtigung der zusätzlich anfallenden Umzugskosten kurzfristig ergibt.

Szabados
Bürgermeisterin

Frau Haupt, Fraktion Die Linkspartei. PDS, zitierte einen Satz aus der Beantwortung der Anfrage: *Die Auswertung dieser Daten wird zu einer Überprüfung der KDU-Richtlinie hinsichtlich Betriebs- und Heizkosten führen.* Sie fragte, wie das konkret aussieht und regte an, dass diese Information auf jeden Fall in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss und in den Aufsichtsrat der ARGE kommen muss.

Frau Bürgermeisterin Szabados bestätigte dies.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.

zu 9 mündliche Anfragen von Stadträten

Herr Misch, Fraktion der CDU, sprach zu den Fällarbeiten am 19.10.2006, die von der Stadtverwaltung im Rahmen der Gefahrenabwehr in der Heideallee in Auftrag gegeben wurden. Diese Fällarbeiten wurden von mehreren Personen, u. a. vom Arbeitskreis Hallesche Auenwälder zu Halle e. V. über mehrere Stunden verhindert. Dabei wurden nach Aussagen von Betroffenen und Augenzeugen u. a. Mitarbeiter der Stadt auf das Größte beleidigt und beschimpft. Er fragt deshalb:

1. Hat die beauftragte Firma für die Ausfallzeit eine finanzielle Forderung gegenüber der Stadt erhoben?

Wenn ja:

Wird die Stadt die Forderung begleichen?

Auf welcher Rechtsgrundlage erfolgt dies?

Wird die Stadt den Betrag vom Verursacher des Zeitausfalles zurückfordern?

Wenn nein:

Wird die Stadt die beauftragte Firma bei der Geltendmachung der Forderung gegenüber dem Verursacher unterstützen?

Wenn ja, in welcher Weise?

2. Wie gedenkt die Stadtverwaltung ihre Fürsorgepflicht gegenüber den städtischen Bediensteten im Falle der Beleidigung und der Nötigung der beauftragten Firma wahrzunehmen?

Ist in der Angelegenheit Strafanzeige und Strafantrag gestellt worden?

Wenn nein, warum nicht?

Er bat um schriftliche Beantwortung.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, bestätigte das nichtberechtigte Auftreten des nicht anerkannten Naturschutzvereins. Der Baubetrieb hat die Ausfallzeiten beziffert und eine Rechnung über 560,28 Euro auf Aufforderung durch die Stadtverwaltung vorgelegt. In Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Recht wird dieser Ausfall gegenüber dem Verursacher geltend gemacht werden. Geprüft werde darüber hinaus, wie mit rechtlichen Mitteln gegen die Nötigung, Beleidigung und Schadenersatz sowie Unterlassungsverfügung vorgegangen werden kann.

Herr Misch ergänzte, dass Nötigung ein Antragsdelikt ist und eine Strafverfolgung nur dann eintritt, wenn der Geschädigte (in dem Falle die Stadt) oder das Unternehmen die Strafverfolgung bei der Staatsanwaltschaft beantragt und zur Anzeige bringt.

Herr Dr. Pohlack bestätigte das. Es wurden Personen genötigt. Diese müssen den Antrag stellen, auch wenn sie Stadtbedienstete sind, bei ihrem Dienstvorgesetzten.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, sagte, dies werde von der Stadtverwaltung geprüft.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, sagte zum Bericht des Landesrechnungshofes dass dieser, spätestens, wenn der Stadtrat eine Stellungnahme dazu abgibt, dieser öffentlich ist. Er lese in diesem Bericht Details zu Aufsichtsratssitzungen, wo

z. B. ein Aufsichtsrat zu einem bestimmten Zeitpunkt einstimmig ohne Stimmenthaltung etwas beschlossen hat. Hier wird gegen das Gesetz der Geheimhaltung verstoßen. Man kann hier das Stimmverhalten der Aufsichtsratsmitglieder erkennen. Das sind Hinweise, wo er gedenke, eine Strafanzeige zu erstatten. Er bittet darum, die Stadtverwaltung dies rechtlich zu überprüfen. Parallel dazu werde er die Sache durch seine Anwälte auch prüfen lassen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass sie nicht sicher sei, wie öffentlich dieser Bericht wirklich ist.

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, (*keine Tonaufnahmen, da nicht ins Mikrofon gesprochen*)

Frau Oberbürgermeisterin Häußler sagte, dass es eine rechtliche Grundlage dazu geben muss, wie mit dem Gesamtbericht des Landesrechnungshofes umzugehen ist. Was wir beschließen, muss nicht immer rechtlich richtig sein. Darauf wollte ich mich beziehen.

Herr Prof. Schuh bat, dies zu prüfen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler sagte eine Prüfung zu.

Herr Godenrath (*keine Tonaufnahmen, da nicht ins Mikrofon gesprochen*)

Herr Kupke, Fraktion der CDU, sagte, dass sein Verein „Freunde der Stadtbibliothek“ seit Wochen keine Antwort auf seine Frage zum Kauf von Büchern vom Beigeordneten für Zentralen Service, Herrn Geier, bekommen hat. Er werde seine Fragen noch einmal schriftlich einreichen (s. Anlage).

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat Herrn Kupke, dies über die Geschäftsstelle zu tun.

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, fragte, wann mit der Einführung des neuen kommunalen Haushaltsrechts begonnen wird, wie das Ganze umgesetzt wird und wie der aktuellen Stand in der Stadtverwaltung hierzu ist.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Wolter, WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, fragte, wo es beraten und beschlussfähig wurde, ein Geschenk aus Magdeburg am Riebeckplatz aufzustellen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler sagte, dass sie im Stadtrat mitgeteilt habe, dass uns Magdeburg die beiden Halbkugeln anlässlich unserer 1200-Jahrfeier schenken will. Der Standort wurde jetzt für den Riebeckplatz ausgewählt.

Herr Kupke, Fraktion der CDU, eröffnete, dass er Verursacher für das Geschenk aus Magdeburg ist. Er war und ist immer für eine Partnerschaft mit Magdeburg. Er schlug vor, auch Magdeburg ein Geschenk zu machen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass die Stadt selbst keine Feindschaft zu Magdeburg hegt, sondern dies geschehe auf Regierungsebene. Es wurde beschlossen, Herrn Trümper zur Eröffnung des Riebeckplatzes die Münze, welche durch die Sparkasse zur 1200-Jahrfeier herausgebracht wurde, als Gegengeschenk zu den Magdeburger Kugeln zu überreichen. Mit den Beigeordneten unserer Verwaltung wurde beschlossen, ein Austauschgespräch mit Herrn Trümper durchzuführen und ihm danach gemeinsam die

Ausstellung „Das heilige römische Reich“ zu besuchen. Im Gegenzug dazu schlug Herr Trümper vor, dass unsere Verwaltung in Magdeburg die „Kardinal Albrecht Ausstellung“ besucht.

Herr Dr. Brockmann, Fraktion der SPD, fragte nach dem baulichen Zustand des Stadion des HFC.

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, erläuterte, dass ein Statikgutachten mit dem Resümee vorliegt, dass nach der Berechnung der Statik auf der Grundlage der DIN die Standfestigkeit der Gittermaste nicht mehr gegeben ist. Nach TGL wäre der Zustand noch im tolerablen Bereich. Die Masten sind unter Bestandsschutz, welche zu DDR-Zeiten nach TGL gebaut wurden. Die DIN-Berechnung, die mit der technischen Entwicklung fortgeschrieben wird, sagt dieses aus. Das Gutachten sagt aber nicht aus, welcher konkrete Handlungsbedarf zu welchem Zeitpunkt gesehen wird. In einer Beratung mit Gutachtern und Bausachverständigen der Stadtverwaltung soll das Gutachten noch einmal erläutert werden, um festzustellen, welcher Handlungsbedarf daraus ableitbar ist. Über den Stand der Dinge wird im Sportausschuss informiert.

Frau Weiß, Fraktion der CDU, fragte wie der städtische Zuschuss zur Errichtung des Cafés Hanseringgarage aus Sicht des Rechnungsprüfungsamtes bewertet werde. Eine Antwort darauf wollte sie bereits in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 17.10.2006. Diese Frage wurde ihr nicht beantwortet, weil sie nicht das Recht dazu hätte, eine derartige Anfrage zu stellen. Herr Kloppe wurde ebenfalls angewiesen, diese Frage nicht zu beantworten. Eine Beantwortung erwarte sie nun zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften. Hier verwies sie auf die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes des Landes Sachsen-Anhalt vom 10.12.98, wo zum Fragerecht eines Gemeinderatsmitgliedes und zur Beantwortungspflicht Stellung genommen wurde.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler sagte eine schriftliche Antwort zur Rechtslage zu. Der Unterschied zwischen ihrer Darstellung und der von Frau Weiß ist, dass Herr Kloppe auf Bitte eines Stadtrates nicht tätig werden darf. Er hat seine Vorschriften. Mit der Beantwortung der Frage habe dies nichts zu tun. Diese werde beantwortet.

Herr Dr. Köck, Fraktion Die Linkspartei. PDS, fragte, ob bei der Straßenausbausatzung vorgesehen ist, den kommunalen Anteil zu senken und den Anteil der Bürger zu erhöhen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass diese demnächst im Ausschuss für Planungsangelegenheiten behandelt werden soll und im November im Stadtrat.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, gab die **Abstimmungsergebnisse** zur geheimen Wahl der **TOP 7.1, 7.2 und 7.3** bekannt:

zu 7.1 **Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Umbesetzung eines Vertreters in der Regionalen Planungsgemeinschaft**
Vorlage: IV/2006/06051

Abstimmungsergebnis:

in geheimer Wahl mit
32 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen

Beschluss:

Herr Stadtrat Frank Sänger wird zum Stellvertreter des Vertreters der Stadt Halle (Saale) in der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft der Stadt Halle, Herrn Stadtrat Martin Bauersfeld, gewählt.

zu 7.2 **Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS - Umsetzung eines Vertreters in der Regionalen Planungsgemeinschaft**
Vorlage: IV/2006/06068

Abstimmungsergebnis:

in geheimer Wahl mit
22 Ja-Stimmen
17 Nein-Stimmen

Beschluss:

Der Stadtrat Uwe Heft wird als Vertreter der Stadt Halle (Saale) in der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft der Stadt Halle (Saale) gewählt.

**zu 7.3 Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS - Wahl eines Vertreters in den Verwaltungsrat der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle
Vorlage: IV/2006/06067**

Abstimmungsergebnis:

**in geheimer Wahl mit
29 Ja-Stimmen
10 Nein-Stimmen**

Beschluss:

Der Stadtrat wählt Frau Marion Krischok in den Verwaltungsrat der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle.

Herr Prof. Dr. Werner Isbaner scheidet aus dem Verwaltungsrat der Stadt- und Saalkreissparkasse aus.

zu 10 Mitteilungen

**zu 10.1 Information des Projektsteuerers IPM an den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) "35. Quartalsbericht Straßenbahnneubaumaßnahme Riebeckplatz/ Hauptbahnhof"
Vorlage: IV/2006/06048**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, gab bekannt, dass eine schriftliche Information unter TOP 10.1 vorliegt.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, bat die Verwaltung aus gegebenem Anlass, zukünftig Unterlagen und Einladungen zu den Eigenbetriebsausschüssen, hier Kita, den Fraktionsgeschäftsstellen zur Verfügung zu stellen.

Die Information wurde von der GS Stadtrat zur Kenntnis genommen.

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, brachte zum Ausdruck, dass bei der Eröffnung der Einrichtung „Schnatterienchen“ kein positiver Dank an den Stadtrat ausgesprochen wurde, obwohl dieser den Grundsatzbeschluss im Stadtrat getroffen hat.

Die Information wurde von den anwesenden Stadträtinnen und Stadträten begrüßt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

zu 11 **Anträge auf Akteneinsicht**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass ein Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion Die Linkspartei. PDS in den Vertrag über die Müllverbrennungsanlage Halle-Lochau, den die Stadt Halle (Saale) mit der AGR im Dezember 2003 abgeschlossen hat, vorliegt.

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Umwelt, Sicherheit und Sport, wandte sich an die einreichende Fraktion, dass es einen solchen Vertrag nicht gibt. Er gehe davon aus, dass der Vertrag „über die Behandlung von überlassungspflichtigen Abfällen“ gemeint ist. Dieser behandelt diesen Aspekt. Er verwies darauf, dass dieser Vertrag Bestandteil des Vergabebeschlusses des Stadtrates vom 26.11.2003 war. Er wird sich nach Prüfung der Sachlage mit der Fraktion in Verbindung setzen.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die 26. öffentliche Tagung des Stadtrates.

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin

Kraft
Protokollführerin